

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 32 (2013)
Heft: 62

Buchbesprechung: Marginalien ; Rezensionen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wilfried Gaum

Solidarische Ökonomie und Selbstverwaltungsgesellschaft

Tagung 2012 der Loccumer Initiative

Die 22. Jahrestagung der Loccumer Initiative Kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vom 30. März bis 1. April 2012 in Bremen hatte, wie es in der Einladung hiess, zum Ziel, über mögliche Alternativen zu der «immer kurzatmigeren Politik einer Stabilisierung der globalen Ökonomie» zu diskutieren. Im Vordergrund standen zwei Debattenstränge, in denen Gewerkschaften und ihr Umfeld einerseits und die ökologische bzw. globalisierungskritische Bewegung andererseits Antworten auf die bislang einzigartige Zusammenballung ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisen zu finden versuchten. Die Aufarbeitung der gescheiterten Sozialismuskonzeptionen gehörte dazu ebenso wie die Suche nach verallgemeinerungsfähigen Konzepten einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei ging es auch um das altbekannte Spannungsverhältnis von betrieblicher Autonomie und gesamtwirtschaftlicher Planung.

Michael Krätke leitete die Tagung mit einem Referat über die aktuelle Kritik am Kapitalismus und über demokratische Alternativen ein. Er beschrieb die derzeitige wirtschaftliche Lage als eine der grossen Krisen, deren ökonomische und

politische Bedeutung weit über die üblichen, etwa alle 7 bis 8 Jahre auftretenden kapitalistischen zyklischen Krisen hinausgehe. Seiner Ansicht nach befinden wir uns in einer Grossen Depression, die mit einer ökologischen und einer Hungerkrise zusammenfällt. Aus Krisen dieses Typus kam der Kapitalismus immer anders heraus, als er hineingegangen ist. In der aktuellen Situation erweise sich einmal mehr, dass Kapitalismus und Demokratie eine sehr widersprüchliche Kombination bilden: Die Wahlen in Irland 2010, in Portugal und Spanien 2011 hätten nicht dazu geführt, dass die von der faktisch regierenden, international agierenden Troika den nationalen politischen Eliten aufgenötigten Sparprogramme auch nur kritisch hinterfragt worden wären. Die Ankündigung Papandreos' in Griechenland, das Spardiktat einer demokratischen Volksabstimmung zu unterziehen, führte nach massivsten Pressionen durch die Troika zur Etablierung einer Notstandsregierung, ebenso in Italien. Das Regime eines demokratischen Kapitalismus wurde fundamental beschädigt, zumal bis jetzt der Finanzsektor alle Runden im Kampf um seine Regulierung gewonnen habe. Die Tendenz zu einem weiteren Abbau des Staatssektors, zu mehr Privatisierung, mehr Staatsschulden, zur Verminderung öffentlicher Vermögen und zu höherem Steuerdruck auf die breite Bevölkerung ist ungebrochen.

Im folgenden Block sollten die «Erfolgsbedingungen selbstverwalteter Öko-

nomien» thematisiert werden. Einstiegsstatements dazu hielten Gisela Notz («Erfahrungen mit alternativen Betrieben in Deutschland»), Clarita Müller-Plantenberg («Selbstverwaltete Produktions- und Verbrauchsketten und universitäre Unterstützungsstrukturen») sowie Dagmar Embshoff («Aktuelle Entwicklung Solidarischer Ökonomien und ihre Vernetzung»). Die eigentlich zentrale Frage nach den Erfolgsbedingungen Solidarischer Ökonomie wurde aber von den eher deskriptiv gehaltenen Einleitungsbeiträgen nicht beantwortet. In der Diskussion wurden dann Fragen aufgeworfen, die wenig Erfahrung und Kenntnis von den Problemen verrieten: Richtet sich die Solidarische Ökonomie nicht eher in Nischen ein, und wie soll daraus ein Impuls für eine Bewegung werden? Gibt es keinen Zusammenhang mit einer kapitalistischen Selbsterneuerungsbewegung? Sind Genossenschaften Kinder der Not oder eine Bewegung zu einem anderen Arbeiten und Leben? Und muss man realistischerweise nicht davon ausgehen, dass Betriebe wie die von Longo Mai mit ihrem Ansatz, ein «gutes Leben» («buen vivir») anzustreben, sich vom alten strategischen Ziel der Arbeiterbewegung, der politischen Machtübernahme nämlich, längst verabschiedet haben? Gisela Herbert, deren Thema die Organisation einer selbstverwalteten Gesellschaft zwischen Markt und demokratischer Planung war, warnte die Genossenschaften davor, sich mit zu hohen Ansprüchen und Idealisierungen andauernd zu überfrachten.

Dieser Tagungsblock einschliesslich der Diskussionsbeiträge gab Aufschluss über den gegenwärtigen Stand der Entwicklung einer solidarischen Ökonomie. Hingegen konnte der Zusammenhang zwischen der Krise des neoliberalen Sta-

diums des Kapitalismus und der Entwicklung einer Postdemokratie, dem wachsenden Interesse an Formen der Selbstorganisation, der Selbstverwaltung in der Praxis, dem Auftauchen eines libertären Geistes sowie einer Praxis jenseits tradierter Formen von Parteien und Gewerkschaften zu wenig geklärt werden (Näheres dazu im Beitrag von Kerber-Clasen in diesem *Widerspruch*-Heft).

Immerhin gelang es Alex Demirovic in seinem Referat über «Wirtschaftsdemokratie – Konzepte und aktuelle Diskussion» im zweiten Block der Tagung, die besonders von der IG Metall betriebene politische Diskussion über eine Alternative zuzuspitzen. Seine Ausgangsüberlegung war, dass allen Menschen das Recht zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zukommt. Die bereits von Marx kritisierte Trennung von Politik und Ökonomie ist und bleibt unplausibel, denn entweder ist Demokratie ein gesellschaftliches Prinzip, das für alle Sphären Gültigkeit hat, oder sie ist realisiert. Demirovic betonte aber, dass Wirtschaftsdemokratie eben keine Gewerkschaftsangelegenheit sei. Wirtschaftsdemokratie sei demgegenüber ein gesellschaftlicher Prozess mit Problemen, von denen lediglich eine Teilmenge durch die gewerkschaftliche Debatte thematisiert werde. Zur Demokratisierung der industriellen Produktion müsse die Sozialisierung der Kredit- und Sparfunktionen hinzutreten, und sie müssten mit ökologischen und transnationalen Bedürfnissen abgestimmt werden.

Im dritten Block der Tagung, in dem es um «Bedürfnisse» ging, sprach zunächst Friederike Habermann unter dem Titel «...will nicht so, wie ich wohl will» zu Bedürfnissen jenseits von Askese, Ausbeutung und autoritärem Staat. Ziel

einer Neuausrichtung der mentalen Strukturen sei eine «common based peer production», die nach den Prinzipien «Teile, was du kannst», «Besitz statt Eigentum» und «Beitragen statt tauschen» funktioniere. Anschliessend befasste sich Stefan Meretz mit Bedürfnissen in der gesellschaftlichen Produktion. Bedürfnisse drückten historisch spezifische Verhältnisse aus. Deshalb gebe es keine festen Bedürfnisse, woraus sich für eine Planökonomie ein handfestes Problem ergebe. Anknüpfend an Arbeiten von Elinor Ostrom sei jedoch die Ermittlung, Planung und Produktion in «commons» – ohne bürokratische Planbehörde – möglich: Bedürfnisse werden ex ante ermittelt, Zielkonflikte intern ausgehandelt, Ziele bilden eine «multidimensionale Pluralität», die Zeitverausgabung wird als Lebensqualität verstanden und insgesamt wird eine Logik der Inklusion erzeugt. Eine *neue* Produktionsweise setze sich nur durch, wenn sie sich als neue *Produktionsweise* durchsetze. Das Entscheidende an diesem Ansatz sei, dass durch die neuen technologischen Entwicklungen eine demokratische Kommunikation über die Produktion der Produktionsmittel möglich werde.

Der letzte Tag war Fragestellungen zu Recht und Politik gewidmet. Michael Buckmiller referierte zum Verhältnis von parlamentarischer und Rätedemokratie. Er sieht die Möglichkeitsbedingungen für eine Rätedemokratie heute gegeben, wenn sie als humane und effektive Alternative zur Bürokratisierung in Erscheinung tritt. Die entscheidende historische strukturelle Schranke für die Realisierung der sozialistischen Modelle lag seines Erachtens aber darin, dass mit den damaligen technischen Möglichkeiten eine zeitliche und sachliche Abstimmung

der Produzenten und Konsumenten untereinander und in ihren jeweiligen Rollen nicht möglich war, ohne eine Planbürokratie in Kauf zu nehmen. Dass die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten für die Etablierung von Demokratie als Prinzip in Gesellschaft und Ökonomie auch heute gegeben sind, untermauerte Buckmiller unter Bezugnahme auf eine Arbeit Peter von Oertzens über die Vereinbarkeit von freiheitlicher Demokratie und Rätedemokratie. Daraus geht hervor, dass es durch einfache Verfassungsänderung möglich ist, den repräsentativen Parlamentarismus durch direkte Formen der Demokratie abzulösen. Das letzte Referat bestritt Andreas Fissahn, der mit einem Vortrag zu den verfassungsrechtlichen Voraussetzungen einer selbstverwalteten Gesellschaft angekündigt war, jedoch zu den aktuellen Erscheinungsformen der europäischen Postdemokratie sprach.

In der Abschlussdiskussion kam die Krise in Europa nochmals zur Sprache. So schlug Buckmiller vor, gegen ein neoliberales Europa der Nationalstaaten einen Föderalismus der Regionen und Grossräume zu thematisieren. Wolfgang Nitsch plädierte für ein alternatives Europa der lokalen Initiativen. Den Entdemokratisierungsprozessen stellen sich soziale Bewegungen besonders in Südeuropa entgegen. Sie sind einer näheren Analyse wert und sollen Gegenstand der nächsten Jahrestagung sein.

Das Argument 292: **Care – eine feministische Kritik der politischen Ökonomie?**

Argument Verlag, Hamburg, 2011 (ca. 180 S.)

Wie in so vielen unglücklichen Ehen entzündet sich der Streit auch in der mittlerweile schon sprichwörtlichen «unhappy marriage between marxism and feminism» seit eh und je vor allem am Thema Hausarbeit, Pflege, Betreuung, Sorge für sich und andere. Für viele Feministinnen mündete dieser Streit in einem tiefen Zerwürfnis, andere bemühen sich immer noch und immer wieder um eine feministische Erweiterung oder auch Erneuerung marxistisch inspirierter Gesellschaftstheorie und -kritik, insbesondere auch in ihrem Kern, der Kritik der politischen Ökonomie. Die Vokabel «Revision» wird dabei eher vermieden, aber die feministische Kritik zielt in ihren radikaleren Varianten schon auf Grundlegendes, wie etwa auf den Arbeits- und Ökonomiebegriff der marxistischen Kapitalismuskritik.

Die politische und wissenschaftliche Linke hat mittlerweile ihre absolute Rezeptionssperre gegenüber feministischen Einwänden immerhin gelockert. Die Relevanz der Geschlechterperspektive wird neuerdings sogar schon geradezu verbindlich betont; es gehört inzwischen auch zum guten linken Ton, sich gelegentlich in eigenen Artikeln, Kapiteln oder gar Büchern zu Geschlechterthemen zu äussern; manche Konferenzen und Sammelbände geben feministischen Beiträgen breiten Raum. Überwiegend präsentiert sich die marxistisch orien-

tierte oder inspirierte Linke in ihren vielfältigen Schattierungen aber immer noch als Gruppenbild mit Dame(n). Vor allem aber kann von einer wirklich systematischen Integration feministischer Kritikperspektiven nach wie vor nicht die Rede sein.

Auf der anderen Seite fungiert die marxistische bzw. marxistisch inspirierte Kapitalismuskritik schon seit einiger Zeit wieder verstärkt – implizit oder explizit – als Referenz feministischer Debatten um die gegenwärtige Krise. Der Fokus richtet sich dabei durchaus auch selbstkritisch auf Defizite und Mängel der als unzulänglich oder gar weitgehend brachliegend erachteten feministischen Gesellschafts- und Sozialkritik. In diesem Sinn greift die Zeitschrift *Das Argument* in ihrem Heft 292 eines der prominentesten Themen feministischer Debatten auf: «Care – eine feministische Kritik der politischen Ökonomie?». Es geht, so erläutert das Editorial, darum, «systemtranszendierende oder -sprengende Momente der Debatte in den Blick zu nehmen oder gegebenenfalls theoretische Alternativen aufzuzeigen» (S. 331). Die Care-Debatte behandle zweifellos eine der grossen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, sie müsse sich allerdings «fragen lassen, ob sie hinreichend als kritische Theorie eingreift» (S. 331).

Tatsächlich fungiert «Care» in feministischen Debatten als ein zentrales, offenes und strittiges Konzept, dessen gesellschafts- und ökonomietheoretische Grundlagen bislang noch eher vage bleiben. Klarheit und Übereinstimmung herrschen aber immerhin in der Fokussierung der Debatte auf ein faktisch und konzeptionell bislang marginalisiertes Segment der politischen Ökonomie moderner Gesellschaften und die mit dieser

Marginalisierung einhergehenden, geschlechtlich konnotierten Verwerfungen wie aber auch auf die durch die Marginalisierung verstellten Herausforderungen und Möglichkeiten politischen Handelns. Dabei vollzieht die Care-Perspektive auf die politische Ökonomie moderner Gesellschaften analytisch und normativ einen Richtungswechsel des Denkens und Handelns – weg vom Paradigma der Verwertung von Kapital hin zu dem der Befriedigung von Bedürfnissen.

Kann also «Care» – analog, alternativ oder komplementär zu «Kapital» oder «Kapital und Arbeit» – als Schlüsselkategorie einer feministischen Kritik der politischen Ökonomie dienen? Hat die feministische Care-Debatte das Potenzial einer konzeptionellen Erneuerung der Kritik der politischen Ökonomie, und unter welchen Voraussetzungen könnte sie es entfalten? Oder ist der – nicht nur in der feministischen Debatte feststellbare – Care-Hype nicht vielmehr fest eingebunden in ein ideologisches Verwirrspiel, das die zentralen Dynamiken der real existierenden kapitalistischen Ökonomie – auch hinsichtlich der darin verankerten Geschlechter- und Sorgeverhältnisse – systematisch verfehlt und euphemistisch verschleiert?

Die Beiträge im *Argument*-Schwerpunktheft beantworten diese Frage des Entweder-oder durchgängig mit einem Sowohl-als-auch: Die Sorge für sich und andere folgt einer eigenen Logik und einem eigenen Sinn, ist nicht einfach nur ein Moment der Kapitalverwertung, und sie steht in vielfacher Hinsicht dennoch unter deren Dominanz. Die Sorge für sich und andere ist Teil der politischen Ökonomie moderner Gesellschaften (und nicht etwa nur ihrer Ethik und Moral oder ihrer lebensweltlichen und le-

benskulturellen Verfassung), und sie wird darin dennoch systematisch ignoriert und marginalisiert. Als Teil der politischen Ökonomie moderner Gesellschaften lässt sich die Sorge für sich und andere nur sinnvoll begreifen, wenn das Verständnis dieser Ökonomie nicht nur deren kapitalistische Verfasstheit, sondern auch deren Geschichte und ihre Begrenzungen und inneren Widersprüchlichkeiten angemessen berücksichtigt. Dies impliziert u.a. auch eine Rückbindung der Kritik der politischen Ökonomie an die in ihrer politischen Form enthaltene ethische Substanz des Ökonomischen, die der Kapitalismus kontrafaktisch negiert, der er aber dennoch eine spezifische Prägung verpasst hat.

Wenn unter Ökonomie nur das verstanden wird, was den Imperativen der Kapitalverwertung dient, reduziert sich, wie Gabriele Winker in ihrem Beitrag aufzeigt, alle für- und vorsorgliche Praxis auf die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft für deren Ausbeutung in der kapitalistischen Profitmaschine; auch die «Ernährung, Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen» hätte nur den einen Sinn der Produktion einer «neuen Generation von Arbeitskräften» (S.333). Winker konstatiert im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus und unter der Ägide des Neoliberalismus eine grundlegende «Krise der sozialen Reproduktion» (S.333). Als Ausweg plädiert sie für eine «Care-Revolution», die erstens eine «drastische Reduktion der individuellen Erwerbsarbeit» in Verbindung mit einem «bedingungslosen Grundeinkommen» umfasst, zweitens ein «deutlich ausgebautes Netz staatlich oder genossenschaftlich angebotener Dienstleistungen» sowie drittens «eine gesellschaftliche Aufwertung

von Care-Arbeit» – u. a. in Form höherer Löhne für personennahe Dienstleistungen und in Verbindung mit «humanen Aufenthaltsgesetzen» für migrantische Care-ArbeiterInnen.

«Das System der kapitalistischen Warenproduktion», so resümiert Winker ihre Darlegungen, «wird mit diesem Konzept nicht aufgehoben, aber es wird beschränkt» (S. 342). In der Argumentationsführung von Winker wird die «Care-Revolution» der Kritik der kapitalistischen Ökonomie als eine dem Gegenstand der Kritik äusserliche Alternative gegenübergestellt. Sie kann dann so aber nur noch rein normativ begründet und appellativ (mit vielen Forderungen an nicht benannte Akteure) ausgestaltet werden. Warum welche Akteure die «Care-Revolution» wann vorantreiben sollten, bleibt offen.

Frigga Haug artikuliert in ihrem Beitrag ein profundes Unbehagen am Substanzverlust feministischer Diskurse – und zwar insbesondere im unreflektierten Rückgriff auf theoretisch schwammige und politisch vage Anglizismen wie «Care» oder «Gender». Deren inflationärer Gebrauch diene vorrangig der Distinktion derer, die dazugehören, und nicht etwa der Klärung der mit diesen Termini bezeichneten Verhältnisse und der darin enthaltenen Herausforderungen und Möglichkeiten politischen Handelns. In einer ausführlichen Auseinandersetzung mit einem Artikel von Kathy Weeks zum Verhältnis von Produktion und Reproduktion bzw. von Arbeit und Leben illustriert Haug unterschiedliche Erinnerungen an Debatten, die in verschiedenen Ländern unter den gleichen Etiketten – wie etwa «sozialistischer Feminismus» – geführt wurden und werden. Sie weist die Dominanz angelsäch-

sischer Erinnerungsweisen und -linien zurück und insistiert auf der Beibehaltung theoretisch fundierter Begrifflichkeiten und Unterscheidungen wie Produktion/Reproduktion, Fürsorge, Betreuung, Pflege, Lohnarbeit/unbezahlte Arbeit etc.

«Gender», so formuliert Haug prägnant, «das sind Frauen, unter einer sprachlichen Burka versteckt» (S. 355), und auch die Rede von Care und Care-Ökonomie betriebe «eine doppelte Desartikulation» von Herrschaftsverhältnissen, indem sie kapitalismus- und patriarchatskritische Perspektiven auf die politische Ökonomie moderner Gesellschaften und im globalen Massstab systematisch verstellt. Haug argumentiert sehr einleuchtend gegen die «Preisgabe formanalytischer Unterscheidungen»: So müsste im Begriffsfeld von Care unterschieden werden zwischen a) «Tätigkeiten, die als angestellte Lohnarbeit bezahlt verrichtet werden», b) «Dienstboten alten Typs» (die «neuerlich durch Migrantinnen gestellt» würden und «reicheren Frauen die Möglichkeit geben, ein unabhängigeres Leben zu führen») und c) denjenigen, «die immer noch unbezahlt sich der notwendigen Arbeiten des Überlebens der Schwachen annehmen» (S. 362).

Weil diese in herrschaftskritischer Perspektive grundlegenden Unterscheidungen im Schmelztiegel von Care weitgehend eingedampft würden, schlägt Haug vor, «das Wort «care» nicht mehr als Begriff zu verwenden, sondern bei dem altertümlichen des Füreinandersorgens zu bleiben» (S. 363). Haug spricht in dem – im vorliegenden *Widerspruch*-Heft auszugsweise abgedruckten – Beitrag von einer neuen, feministisch inspirierten, kritischen politischen Ökonomie des Füreinandersorgens, vielleicht auch im

Sinn einer konkreten Utopie. Es geht ihr darum, «eine Sprache zu finden, die das aus der weltweiten Unterdrückung zu Bergende, die Elemente der neuen Gesellschaft im Schosse der alten sichtbar macht und aufhebt» (ebd.).

Auch Sabine Plonz kommt in ihren Erörterungen über «Mehrwert und menschliches Mass» und mit ihren Überlegungen «zur ethischen Bedeutung der feministisch-ökonomischen Care-Debatte» zu dem Ergebnis, dass die Fixierung der Debatte auf den populären Begriff «Care» nicht nur analytisch fragwürdig ist, «da er eingeführte präzise Fachbegriffe ersetzt» (S.378). Auch «politisch-ethisch» sei festzuhalten, «dass der Begriff kein präziser Wegweiser auf das Zentrum ist, das von der kapitalistischen Masslosigkeit bedroht» (ebd.) sei. Plonz begreift die feministische Rede von «Care» dennoch als Reflex angesichts der Notwendigkeit des «Wieder-Zusammenfügens» von Ethik und Ökonomie und als «utopische Erinnerung an das menschliche Mass der Ökonomie» (S.366). Sie analysiert den Zusammenhang zwischen professioneller Fürsorge und menschlichen Bedürfnissen, wie er schon in den Anfängen der Fürsorgewissenschaften hergestellt wurde und nun schon seit einiger Zeit unter dem «international geläufigen Begriff «Care»» diskutiert wird.

Daran anschliessend reflektiert sie die Verankerung der «Re-Produktions-Arbeit» im Widerspruchsverhältnis «zwischen Mehrwert und Fürsorglichkeit» (S.369) und verweist auf ethisch-politische Aspekte der wohlfahrtsstaatlichen Regulation der Daseinsvorsorge. Vor diesem Hintergrund rekonstruiert sie den «Zusammenhang von politischer Ökonomie und Ethik» in der feministischen Care-Debatte und im Bezug auf das Kon-

zept der «tätigen Sorge für andere» bzw. von «Sorge als Weltverhältnis», in dem die politische Ökonomie an «menschliches Mass» (rück)gebunden wird. Letztendlich plädiert Plonz für eine «Öffnung» der politischen Ökonomie «für eine Bildlos bleibende Utopie, die orientiert ist am Bild bedürftiger Menschen», und damit für das «politische Projekt [...] einer utopischen Erinnerung an die notwendige Sorge um andere» (S.378).

Silke Chorus widmet sich in ihrem Beitrag den «Care-Seiten der politischen Ökonomie» im Anschluss an die «Pariser Schule der Regulationstheorie» (u.a. Alain Lipietz und Michel Aglietta). Dabei geht es ihr insbesondere darum, nicht nur nach den «Auswirkungen ökonomischer Prozesse auf die Geschlechterverhältnisse und den Reproduktionsbereich» zu fragen, sondern umgekehrt «die ökonomischen Veränderungen auch ausgehend von den Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen und der Organisation von Care-Arbeiten zu denken» (S.392). «Kapitalistische Gesellschaftsformationen» würden in der französischen Regulationstheorie nicht als ausschliesslich ökonomisch bestimmt analysiert; auch würde die Ökonomie kapitalistischer Gesellschaften nicht auf «kapitalistische Produktion» verkürzt; sie setze vielmehr «immer auch die Existenz nicht markt- und warenförmiger sozialer Beziehungen und Verhältnisse» (S.393) voraus.

Zwar sei auch die Pariser Schule der Regulationstheorie weitgehend geschlechtsblind und damit auch blind gegenüber den «Care-Seiten der politischen Ökonomie», sie biete aber gleichwohl die theoretischen Voraussetzungen für einen «Begriff von Akkumulationsregime als Produktions- und Reproduktionsweise einer

Gesellschaftsformation – inklusive Care-Arbeiten» (S.395). Damit bietet sich die «Möglichkeit, tatsächlich nach den unterschiedlichen Aushandlungsprozessen, Kämpfen und Kompromissen zu fragen, in denen um die konkrete Gestaltung des jeweiligen Modus von Produktion und Reproduktion implizit oder explizit geregungen wird» (ebd.). Chorus zeigt eine Reihe von Punkten auf, an denen die Regulationstheorie für eine feministische Ökonomiekritik fruchtbar gemacht werden kann. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob mit der Methode des nachträglich Hineindenkens von Geschlechter- und Sorgeverhältnissen in eine Theorie, die unter Ausblendung derselben entwickelt wurde, letztendlich nicht doch nur die Nachrangigkeit des nachträglich Hineingedachten reproduziert wird.

Schon die Subsumption von Care unter die Kategorie des Akkumulationsregimes enthält zumindest die Gefahr einer reduktionistischen und funktionalistischen Verkürzung und Verzerrung. Die dann auf dieser Grundlage gewonnene Bestätigung von regulationstheoretisch fundierten Zeitdiagnosen aus der Care-Perspektive wäre dann wenig überraschend. Das von Silke Chorus verfolgte Projekt, gesellschaftliche und ökonomische Transformationsprozesse auch als Produkt der nicht zuletzt durch die Frauenbewegung beförderten Dynamik in der Entwicklung der Geschlechter- und Sorgeverhältnisse zu analysieren, ist gleichwohl ebenso spannend wie vielversprechend.

Das *Argument*-Schwerpunktheft enthält eine Reihe weiterer interessanter Beiträge, auf die hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden kann. Das Heft bindet die Care-Debatte auf fruchtbare und inspirierende Weise in die Tra-

dition der feministischen Kritik der politischen Ökonomie ein. Es aktualisiert dabei ein Kritikverständnis im Fokus auf Herrschaft und Emanzipation, auf materiale und diskursive Momente der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit, auf Ökonomie, Ethik und Politik, auf dominante Tendenzen und alternative Möglichkeiten, das in der marxistischen Orthodoxie der Kritik der politischen Ökonomie weitgehend unterentwickelt blieb. Die Verkürzungen, Vereinseitigungen und Verflachungen in aktuellen Care-Debatten werden resolut und scharfsinnig kritisiert und zurückgewiesen. Dabei bleiben einzelne Beiträge aber auch ihrerseits Verkürzungen und Verzerrungen verhaftet, die ihren Ursprung im Androzentrismus auch jener Varianten der Gesellschafts- und Sozialkritik haben, auf die die Care- und Feminismuskritik (nicht nur im vorliegenden *Argument*-Heft) überwiegend Bezug nimmt. Die sozialkritischen Defizite feministischer Debatten sollten kein Anlass sein, über die vermeintlich «nur» kulturkritischen, tatsächlich aber vor allem geschlechter- und demokratietheoretischen Defizite vorliegender Varianten von Sozialkritik hinwegzusehen. Es geht auch um eine neue politische Kultur der Sorge um sich und andere und nicht nur um deren politische Ökonomie.

Ingrid Kurz-Scherf

Ingrid Kurz-Scherf / Alexandra Scheele (Hg.):
Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht.
Westfälisches Dampfboot, Münster 2012
(313 S.)

Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise sowie ihre Auswirkungen bestimmen die politischen Debatten in Deutschland und Europa seit geraumer Zeit. Bemerkenswert ist dabei, welche Rolle plötzlich das Geschlecht der in der Regel männlichen Finanzmanager und Banker spielte. Hätten, so zitieren Ingrid Kurz-Scherf und Alexandra Scheele, die Herausgeberinnen des Bandes zum Thema «Krise und Geschlecht», skeptisch den *Economist*, die «Lehman Sisters» tatsächlich weniger Schaden angerichtet als die «Lehman Brothers»? Wirtschaften Frauen besser? Sind sie weniger den «animal spirits» der Ökonomie unterworfen, wie G. A. Akerlof und R. Shiller den Typus eines negativ agierenden Managers kennzeichnen?

Kurz-Scherf und Scheele sehen diese Konjunktur des geschlechterdifferenten Blicks auf die Wirtschaftskrise eher kritisch und stellen sie aus feministischer Sicht als essenzialistisch infrage. Vielmehr soll der Sammelband die Breite der feministischen Diskussionen zur Finanz- und Wirtschaftskrise abbilden und dazu beitragen, sie in grundsätzlicher Hinsicht noch zu erweitern. Feministische Kritik hiesse dann, eine grundlegende Kritik der kapitalistischen Wirtschaftsweise und der mit dieser verbundenen politischen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse vorzunehmen und dabei die konstituierende Funktion des Geschlechterverhältnisses zu beleuchten.

Die drei Teile des Sammelbands entsprechen unterschiedlichen Ebenen der feministischen Krisendebatte. Im ersten Teil werden unter dem Titel «Hat die Krise ein Geschlecht?» Analysen der Ursachen der gegenwärtigen Krise vorgestellt. Im zweiten Teil «Zweitrundeneffekte» werden die Auswirkungen der Krise und die Massnahmen zu ihrer Bekämpfung geschlechterkritisch untersucht und im dritten Teil «Alternativen denken» Entwürfe möglicher Wirtschaftsformen jenseits einer kapitalistischen Wachstumslogik thematisiert.

Aus feministischer Perspektive das Verhältnis von Politik und Ökonomie grundsätzlich zu diskutieren, ist Anspruch des Bandes. Und das *Potenzial* der gegenwärtigen Krise liege darin, aus der grundlegenden Kritik an den Ursachen weiterführende Erkenntnisse für ein politisches und wirtschaftliches Umsteuern zu gewinnen, das an sozial-emanzipativen und geschlechterdemokratischen Zielen ausgerichtet sein könne. Die Chancen, dass dieses Potenzial genutzt wird, schätzen die Herausgeberinnen und Autorinnen des Bandes jedoch nüchtern ein, sie halten sie eher für gering. Dagegen wachsen die *Gefahren* der Krisenfolgen: Es verstärken sich soziale Ungleichheiten und ungleiche Geschlechterverhältnisse, und es ist eine allgemeine Tendenz zu autoritären Strukturen und Entdemokratisierung feststellbar, wie dies in manchen Beiträgen materialreich dargelegt wird.

So startet Alexandra Scheele mit einer Kritik der Expertenregierungen und ihres technokratischen Politikverständnisses, das Partizipation einschränke. Brigitte Young legt den Finger auf eine Leerstelle der feministischen Ökonomie, die bisher keine überzeugende Analyse

der Funktion der Finanzmärkte und der Krisenursachen vorgelegt habe. Weitere Beiträge im ersten Teil des Bandes greifen die Kritik an männlich geprägter Erwerbsarbeit auf (A. Heilmann) und kritisieren das Leitbild des Homo oeconomicus (F. Habermann). Eine Analyse und Einordnung der gegenwärtigen Kapitalismuskritik nimmt Ingrid Kurz-Scherf vor: Diese sei weder historisch noch aktuell betrachtet eindeutig sozialemanzipatorisch ausgerichtet, sondern komplex und vieldeutig, insbesondere durch einen zugrunde liegenden Androzentrismus gekennzeichnet.

Die Beiträge im zweiten Teil des Bandes zu Griechenland (M. Karamessini) und zu Spanien (C. C. Serrano/E. G. Gago), schildern sehr eindrucksvoll die Auswirkungen der Krise und der Antikrisenmassnahmen auf die soziale und politische Lage und das Geschlechterverhältnis in diesen von der Krise härter getroffenen Ländern. Aber auch die Analysen zu Arbeit und Geschlecht (G. Michalitsch), vor allem aber zur Politik auf EU-Ebene (H. Schuberth) und zu den Auswirkungen von Krise und Konsolidierungspolitik in Deutschland und Österreich (D. Auth, M. Schratzenstaller) beschreiben nicht nur den Status quo, sondern eröffnen durch Vergleich und geschlechterkritische Ausführungen neue Einblicke.

Alternative feministische Entwürfe eines neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells müssten, so der Hinweis von Eva Berendsen, verstärkt in kritischer Auseinandersetzung mit vorhandenen, aber zumeist geschlechterblinden Konzepten entwickelt werden. Mit dem Instrument des Mikrokredits steht z. B. eine konkrete Massnahme auf dem Prüfstand, die als Existenzsicherung in

erster Linie für Frauen gedacht ist. Mikrokredite bewirken aber keine Verschiebung ökonomischer Kräfteverhältnisse im Kleinen, die Folgen für die Frauen sind deutlich widersprüchlicher Natur (L. Schürmann/L. Correll).

Die Diskussionen über die Alternativen im dritten Teil des Bandes schlagen schliesslich den Bogen zu den Analysen der Krisenursachen im ersten Teil. Silke van Dyk veranschaulicht die Vereinnahmung kritischer Positionen der Kapitalismuskritik und deren Funktion für eine Modifikation und Stabilisierung gesellschaftlicher Verhältnisse. Irene Dölling plädiert für eine Überwindung des zentralen Vergesellschaftungs- und Integrationsmodus der Erwerbsarbeit und für eine gesellschaftstheoretische Debatte, die dezidiert feministische Perspektiven aufnimmt.

Auch wenn der Band in erster Linie eine Bestandsaufnahme der feministischen Debatten zur Krise und der direkten und indirekten Krisenauswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse leistet, ist er weit mehr als nur eine Momentaufnahme. Er liefert auf der Grundlage einer umfassenden Kapitalismuskritik eine facettenreiche, auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre gerichtete Analyse. Und er zeigt auch den damit verbundenen politischen Gestaltungswillen feministischer Positionen an – mit Blick auf das Projekt einer sozial befriedeten, von politischer Partizipation und Geschlechtergleichheit geprägten Gesellschaft.

Silke Schneider

Maritza Le Breton: **Sexarbeit als transnationale Zone der Prekarität.** Migrierende Sexarbeiterinnen im Spannungsfeld von Gewalterfahrungen und Handlungsoptionen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2012 (241 S.)

Arbeitsmärkte werden zunehmend transnationaler, die Migration «feminisiert» sich und das Sexgewerbe breitet sich aus. Vor diesem Hintergrund untersucht Maritza Le Breton Arbeits- und Lebenserfahrungen von migrierenden Sexarbeiterinnen. Ausgehend von einer empirisch-qualitativen Studie, welche sie in Basel-Stadt durchgeführt hat, erforscht sie konkrete Lebenspraxen von legal und illegal arbeitenden Sexarbeiterinnen und ihre Erfahrungen mit Gewalt, gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung. Dabei analysiert sie die Konstruktion von Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen anhand struktureller Kategorien von Ungleichheit und verweist auf die moralisierenden, exotisierenden und naturalisierenden Diskurse, die diese Prozesse begleiten und institutionalisieren. Gleichzeitig zeigt sie auf, wie Sexarbeiterinnen den Gewaltverhältnissen begegnen: wie und wo sich die betroffenen Frauen Handlungsspielräume erobern und eigene Lebensstrategien entwerfen können. Nachdem sie als soziale Akteurinnen und Adressatinnen der Sozialen Arbeit identifiziert sind, kann die Erforschung ihrer Erfahrungszusammenhänge laut Le Breton auch zur «Etablierung einer Standpunktepistemologie der unterdrückten Wissensarten» führen (S. 14).

Bereits im einführenden I. Teil (Kap. 1) deutet die Autorin auf Ambivalenzen hin, die mit diesem Thema ins Spiel kommen

und schwierig zu fassen sind. Sexökonomie ist ein heterogenes, vielschichtiges Handlungs- und Wissensfeld, welches die Meinungen sowohl im alltäglichen und medialen wie im wissenschaftlichen Diskurs stark polarisiert. Gesellschaftliche Tabuisierung, moralische Sexualvorstellungen und nationalstaatliche Praktiken einerseits und kriminelle Interessen andererseits drängen das Sexgewerbe nach wie vor in eine Dunkelzone ab. Unter anderem deswegen ist die Prostitutionsforschung in der Schweiz wenig fortgeschritten und das Faktum Gewalt in Lebenssituationen von migrierenden Sexarbeiterinnen kaum wissenschaftlich erfasst. Auf Foucault Bezug nehmend betont deshalb die Autorin, dass es für die Soziale Arbeit von zentraler Bedeutung sei, sich den konkreten Erfahrungszusammenhängen der Sexarbeiterinnen zuzuwenden, sie als Subjekte zu begreifen und sich dem daraus resultierenden Wissen zu öffnen; nur so sei es möglich, «Gegendiskurse» zu formulieren und den AdressatInnen von Sozialer Arbeit rückwirkend eine selbstbestimmte Subjektivität zugänglich zu machen.

Im II. Teil werden das Phänomen Sexarbeit in der transnationalen Migration und deren Feminisierung charakterisiert. Dazu werden in Kapitel 2 begriffliche Eingrenzungen vorgenommen und ein Überblick über die empirischen und theoretischen Grundlagen auf dem Gebiet der Migration hergestellt, unter spezieller Berücksichtigung der Feminisierung von Migrationsbewegungen. In einem Exkurs werden die migrationspolitischen Bedingungen in der Schweiz kritisch aufgearbeitet. Dabei weist Le Breton auf die rechtliche Unterordnung von Menschen aus sogenannten Drittstaaten hin und erläutert gleichzeitig,

weshalb Frauen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit ganz besondere Benachteiligungen erfahren, obwohl die gesetzlichen Bestimmungen für Migranten und Migrantinnen dieselben sind.

Kapitel 3 ist der Definition und Verortung der Prostitution im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Kontext gewidmet. Unter dem Einfluss marxistischer, psychoanalytischer, feministischer und anderer Theoriediskurse hat sich die Perzeption von Sexarbeit mit der Zeit geändert; zudem existieren verschiedene Varianten von Prostitutionspolitik im europäischen Raum. Le Breton beleuchtet die rechtlichen Grundlagen des Sexgewerbes in der Schweiz und erörtert dabei die spezifische Situation im Kanton Basel-Stadt, wo sie die empirische Studie durchgeführt hat. Sie stösst dabei auf Widersprüchlichkeiten und weist darauf hin, dass in der Praxis Verstösse gegen das AusländerInnengesetz stark priorisiert werden gegenüber dem Opferschutz. Das führt dazu, dass Gewaltopfer ihre Grundrechte oft nicht einfordern können.

Das letzte Kapitel dieses II. Teils ist dem Thema Gewalt gewidmet, wobei die Autorin einen Überblick über die aktuelle wissenschaftliche Diskussion vorlegt. Sie steckt den analytischen Rahmen ab, indem sie allgemeine Theorien zum Thema Gewalt darstellt, dann die Gewalt gegen Frauen und schliesslich die Formen der Gewalt gegen Sexarbeiterinnen in den Blick nimmt. Dabei vertritt sie eine weitgefasste Definition von Gewalt, welche in Anlehnung an Johan Galtung und Ingrid Strobøl auch strukturelle Gewalt oder Gewalt durch Dominanz- oder Herrschaftsverhältnisse umfasst.

Teil III beinhaltet das theoretische Herzstück der Studie, wobei sich die Au-

torin auf zwei Ebenen bewegt. So umreissst sie im 5. Kapitel zunächst den «Bezugsrahmen zur Erklärung sozialer Ungleichheit und von Strukturmerkmalen sozialer Ausschlössung». Kompetent und ausführlich diskutiert sie verschiedene Ansätze zur Erfassung bzw. Erklärung sozialer Ungleichheit. Der kritischen Rezeption der Intersektionalitätsdebatte widmet sie dabei ein eigenes Unterkapitel. Danach erarbeitet Le Breton verschiedene «Achsen sozialer Ungleichheit» und analysiert die Rolle des Nationalstaates bzw. der BürgerInnenrechte, die Konstruktion von Geschlecht sowie Prozesse der Rassisierung, Kulturalisierung und Ethnisierung.

In einem ersten Zwischenfazit identifiziert sie diese interdependenten Kategorien als Bestimmungsfaktoren von «Grenzen und Konstruktionen des Ein- und Ausschlösses». Diese Verschränkungen manifestieren sich auch in Exotisierungsprozessen der Fremden bzw. der migrierenden Sexarbeiterinnen und machen einen Teil der Macht- und Herrschaftsverhältnisse in modernen Gesellschaften aus. Im 6. Kapitel befasst sich Le Breton auch noch mit Agency-Theorien unter besonderer Berücksichtigung der Giddens'schen Strukturationstheorie als Mittelweg zwischen der (einseitigen) Fokussierung auf das Individuum einerseits und auf gesellschaftliche Strukturen andererseits.

Teil IV stellt die empirisch-qualitative Forschung vor: Die Autorin erklärt das methodische Vorgehen sowohl hinsichtlich der Generierung wie auch der Auswertung des Datenmaterials und reflektiert dabei kritisch die methodologischen Schwierigkeiten, die dieses nur schwer zugängliche Forschungsfeld mit sich bringt. Sie hat mit insgesamt 21 Sex-

arbeiterinnen aus Afrika, Asien, Osteuropa und Lateinamerika problemzentrierte Interviews geführt und diese mithilfe des Kodiervorgangs der Grounded Theory ausgewertet. Die Frauen waren zum Zeitpunkt der Erhebung zwischen 27 und 57 Jahre alt und arbeiteten in verschiedenen Strukturen des Sexgewerbes (Salon, Bar, Studio).

In Kapitel 8 wird das gewonnene Datenmaterial anhand von vier Fallstudien exemplarisch und kontrastierend aufgearbeitet, um anschliessend anhand transversaler Aspekte grundlegende Erkenntnisse über die Lebens- und Arbeitssituation von Sexarbeiterinnen zu gewinnen (Kapitel 9). Der Fokus liegt auf Gewalterlebnissen einerseits und auf den Möglichkeiten von Handlungsstrategien der betroffenen Frauen andererseits. Dabei wird das komplizierte Geflecht von finanzieller Abhängigkeit, gesellschaftlicher Stigmatisierung, struktureller Macht, aber auch von Konkurrenz und Kooperation unter den Frauen selbst und nicht zuletzt von Druck und Erwartungen der Herkunftsfamilien offengelegt. Alle Befunde werden immer wieder mit Interviewausschnitten belegt und mit dem in den vorangehenden Kapiteln erarbeiteten theoretischen Rahmen in Bezug gesetzt.

Der letzte Teil V dient der zusammenfassenden Schlussanalyse. Le Breton unterstreicht, dass Sexarbeit zwar offensichtlich ein Tätigkeitsfeld mit einem hohen Gewaltpotenzial ist, ja Gewalt in diesem Umfeld geradezu «normalisiert» wird, Sexarbeiterinnen aber, obwohl sie Diskriminierung und Prekarität ausgesetzt sind, deswegen nicht einfach als «passive Opfer» gesehen werden dürfen. Vielmehr betont die Autorin, das Migrationsprojekt als solches ermögliche eine

aktive Handlungsstrategie, welche der ökonomischen und biografischen Perspektivlosigkeit im Herkunftsland entgegengestellt wird. Viele Frauen übernehmen dabei, wie die Interviews deutlich machen, die Rolle der Familienernährerin.

In welche komplexen Widersprüche sie sich dabei verstrickt sehen, resümiert eine der Interviewpartnerinnen mit dem lapidaren Satz: «Meine Familie ist mein grösster Zuhälter». Le Breton plädiert dafür, dass der aktive – meist unsichtbar geleistete – Beitrag von Migrantinnen und Migranten an die Entwicklung der Herkunfts- und Aufnahmeländer stärker zur Kenntnis genommen und gewertet wird. Für Sexarbeiterinnen hätte das zur Folge, dass ihre Tätigkeit im Sexgewerbe als Existenzoption und somit als Beruf gesellschaftlich anerkannt werden müsste. Nur so, schreibt Le Breton, «können Arbeits- und Aufenthaltsrechte für die hier arbeitenden Frauen resultieren, welche Mindeststandards und Schutz garantieren.» (S. 211)

Le Breton gelingt es, mit ihrer Studie eine empirische Untersuchung in einem bislang spärlich erforschten, gesellschaftlich schwer zugänglichen Tätigkeitsfeld zu realisieren und die dabei gewonnenen Erkenntnisse kohärent und überzeugend in den aktuellen Wissenschaftsdiskurs einzubauen. Sie arbeitet an den Schnittstellen der Prostitutions-, Migrations- und Gewaltforschung mit einer grossen Sensibilität für die Situation der betroffenen Frauen, was ihr erlaubt hat, hochwertiges Datenmaterial zu generieren und es mit methodischem Geschick auszuwerten.

Mit einem klaren Blick für die diesem Thema inhärenten Ambivalenzen und mit einer absolut stringenten Argumen-

tation in Bezug auf die Polemik, die das Thema Sexarbeit nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der (feministischen) Wissenschaft hervorruft, schafft Le Breton die Grundlagen für ein Verständnis, das die strukturelle Betrachtung der Sexökonomie mit der Lebenspraxis der agierenden Subjekte zusammenführt und theoretisch weit über gängige Viktimisierungs- oder Kriminalisierungsansätze hinausführt. In diesem Sinne stellt die Studie einen wichtigen Schritt in der Prostitutionsforschung in der Schweiz dar und leistet einen wertvollen Beitrag zur gesellschaftlichen Analyse der modernen Gesellschaft.

Karin Monteiro-Zwahlen

Alex Knoll / Sarah Schilliger / Bea Schwager:
Wisch und weg! Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen zwischen Prekarität und Selbstbestimmung. Seismo Verlag, Zürich 2012 (200 S.)

Wie die jüngsten parlamentarischen Debatten in Bern über die 10. Revision des Asylgesetzes zeigen, lässt sich der politische, öffentliche und teilweise auch wissenschaftliche Diskurs seit Jahren von der fixen Idee leiten, Migrationsbewegungen könnten und müssten «reguliert» werden. Seit dem Inkrafttreten des ersten Asylgesetzes der Schweiz 1981, insbesondere aber seit den 1990er-Jahren wird in politischen Debatten immer wieder davon gesprochen, dass die Asylgesetzgebung zu wenig strikt und das Asylsystem in der Schweiz immer noch «zu attraktiv» sei. Warum es sich hierbei aber nicht nur um eine von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen für fast

unbezwingbar gehaltene «Festung Schweiz» bzw. «Festung Europa» handelt, sondern um ein Migrationsregime, das mit relativ durchlässigen Grenzen konfrontiert ist, verdeutlicht die Untersuchung von Alex Knoll, Sarah Schilliger und Bea Schwager.

Bereits der Titel des Buches *Wisch und weg!* weist darauf hin: Der schweizerische Staat könnte grundsätzlich die hier lebenden Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen mit einer Wegwisch-Aktion «entfernen»; in Wirklichkeit geht es aber keineswegs darum, die Grenzen zu schliessen, sondern ein Migrationsregime zu errichten, das es ermöglicht, die migrantischen Arbeitskräfte durch ihre Klandestinisierung auszubeuten. Dieses Spannungsverhältnis zwischen gesetzlicher Zurückweisung und gleichzeitiger Anwerbung aus ökonomischen Interessen kennzeichnet die Lage der Sans-Papiers in der «Festung mit Dienstbotinneneingängen».

Bereits jeder 17. Haushalt in Zürich beschäftigt eine Hausangestellte mit unregelmäßigem Aufenthaltsstatus; die Arbeits- und Lebensbedingungen von Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen müssen als höchst prekär bezeichnet werden. Im Privathaushalt bildet sich ein globalisierter Arbeitsmarkt, in dem zumeist weibliche Arbeitskräfte in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Oftmals vollzieht sich in diesen Verhältnissen eine widersprüchliche Klassenmobilität: Berufliche Dequalifizierung und ein sozialer Abstieg werden in Kauf genommen, um mit dem Einkommen die Klassenzugehörigkeit der Familie im Herkunftsland zu stabilisieren oder zu verbessern.

Im Mittelpunkt der Analyse der AutoInnen steht nicht die Praxis des Staates im Bereich illegalisierter Migration oder Grenzkontrollen. Die Perspektive wird

umgedreht: Kern der Untersuchung sind nicht die Kategorien, welche von der Migrationspolitik konstruiert werden, sondern die Strategien der Sans-Papiers im Umgang mit diesen in der Praxis folgenden Kategorien. Der dominierenden Sichtweise des Staates und der ArbeitgeberInnen werden die Perspektive und Praktiken der MigrantInnen entgegengesetzt. Aufgebrochen wird auch das administrative Objekt-Subjekt-Verhältnis zwischen MigrantInnen und den Apparaten der Regierung. So nehmen die Protagonistinnen ihr Schicksal selbst in die Hände, gleichzeitig sind sie aber einem repressiven Migrations- und Arbeitsmarktregime unterworfen. Hierdurch wird die Viktimisierung von Migrantinnen vermieden und dem gängigen Klischee widersprochen, diese seien blosses Anhängsel des Mannes.

Die Perspektive der Migrantinnen wurde in drei Erhebungsverfahren untersucht: Zuerst wurden insgesamt 56 Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen zum Thema Arbeitsbedingungen befragt; dann wurde mit 14 Personen zusätzlich ein Leitfadeninterview geführt, und schliesslich fand ein Gruppeninterview mit vier Personen statt. Obwohl die ursprünglich geplante Befragung von ArbeitgeberInnen aufgrund von Zugangsschwierigkeiten nicht zustande kam, wird die Reichhaltigkeit des empirischen Materials dadurch nicht tangiert. Gerade die Konzentration auf die Perspektive der Migrantinnen ermöglichte es, ein facettenreiches Bild der prekären Lebenslagen und der Strategien im Umgang mit den Lebenslagen zu zeichnen. Und das Zusammenwirken von Mobilität, Flexibilität und Kontrolle über die Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen wird erkennbar. Die Untersuchung bricht das «strate-

gische Schweigen» (Bakker 1994), die Nichtthematisierung der Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen im doppelten Sinne auf: Auf der einen Seite werden Haushaltstätigkeiten, wird der Arbeitsmarkt in Privathaushalten ausgeleuchtet, auf der anderen Seite werden die infolge der Illegalisierung marginalisierten Standpunkte von Sans-Papiers in den Mittelpunkt gestellt.

Als Kontext dienen ein Überblick über das europäische und schweizerische Migrationsregime sowie Erläuterungen zu einem forschungstheoretischen Ansatz, welcher Migration als «eigensinnige Praxis» (Benz/Schwenken 2005) fasst, die sowohl Aspekte von Zwang wie auch von Selbstbestimmung beinhaltet. Vor diesem Hintergrund widmet sich die Untersuchung der allgemeinen Darstellung der Lohnarbeit von Sans-Papiers im Privathaushalt sowie einer ausführlichen Beschreibung der mit dem unregelmässigen Aufenthaltsstatus und der prekären arbeitsmarktlichen Position verbundenen Probleme (rechtliche und ökonomische Prekarisierung), aber auch den Wahrnehmungen und Strategien der Betroffenen. Geschildert werden die prekären Arbeitssituationen, die ständige Angst und Kriminalisierung von Sans-Papiers, ihre gesundheitlichen Probleme und die permanente Bedrohung der ökonomischen Existenz durch Krankheit sowie belastende Wohnsituationen. Auch soziale Netzwerke spielen in verschiedenen Bereichen eine wichtige Rolle. Schliesslich werden die transnationale Lebenspraxis und Lebensplanung der Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen, also die Herausforderungen eines Lebens zwischen dem Hier und Dort verdeutlicht. In diesen Abschnitten wird insbesondere der Gegensatz zwischen Entrechtung und Duldung

der Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen immer wieder von Neuem deutlich: Sans-Papiers können ihre sozial- und arbeitsrechtlichen Ansprüche kaum vor Gericht geltend machen, ohne dabei das Risiko einzugehen, verhaftet und ausgeschafft zu werden.

Ein weiteres Kapitel thematisiert die Handlungsstrategien der Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen im Umgang mit ihrer prekären Arbeits- und Lebenssituation anhand einer Typologie. Herausgearbeitet werden die Ambivalenzen zwischen Autonomie und Unterwerfung an vier Idealtypen, welche jeweils durch ein ausführliches Porträt illustriert werden: die Widerständige, die Dienstleisterin, die transnationale Mutter und die Fügsame. Momente der Selbständigkeit treten hier der Kontrolle und Disziplinierung durch die politischen Massnahmen gegenüber.

Die AutorInnen bringen es in der Schlussbetrachtung nochmals auf den Punkt: Der Privathaushalt ist als Mikrokosmos sozialer Ungleichheiten in der globalisierten Ökonomie in den Blick zu nehmen. In Anlehnung an Marx gehen sie davon aus, dass Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen ihre Arbeitskraft nur dann ungehindert anbieten können, wenn sie als Lohnarbeiterinnen in dreifacher Hinsicht «frei» sind: nicht nur frei, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, und frei von Produktionsmitteln, sondern auch frei von Reproduktionsverpflichtungen für eigene Angehörige. Der Haushalt bleibt also sexualisiert, die geschlechterhierarchische Arbeitsteilung wird entlang von Ethnizität und Klasse neu organisiert. Das letzte Kapitel widmet sich der Thematik von Selbstbestimmung und Ermächtigung bei den Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen. Es geht um Formen der Selbstorganisation und des Widerstan-

des auf weltweiter Ebene, aber auch in der Schweiz, mit welchen Hausarbeiterinnen und Sans-Papiers das Migrations- und Arbeitsmarktregime immer wieder herausfordern.

Fazit: Die aufschlussreiche Studie von Knoll, Schilliger und Schwager leuchtet das «doppelte Niemandsland von Privatheit und Illegalität» (Gather/Geissler/Rerrich 2002), in dem sich die Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen befinden, aus und ermöglicht zum ersten Mal einen konkreten Einblick. Gerade im Kanton Zürich bilden die Untersuchungsergebnisse eine wertvolle Grundlage, um die Situation von Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen und den politischen Handlungsbedarf aufzuzeigen und eine Politik «von unten» zu inspirieren. Wünschenswert wäre gewesen, auch die Gemeinsamkeiten der Lebenslagen von Personen mit unsicherem Aufenthaltsstatus nochmals hervorzuheben. Die Nachfrage nach flexibel einsetzbaren und billigen Arbeitskräften in Niedriglohnbranchen wird nicht nur durch Sans-Papiers gedeckt, sondern in den letzten Jahren auch zunehmend durch Personen im Asylbereich (Ausweis N und F). Gemeinsam ist den Betroffenen nicht nur die prekäre Lebens- und Erwerbslage, sondern auch die Tatsache, dass die Profitgenerierung in arbeitsintensiven Branchen durch eine sogenannte Auslagerung vor Ort sichergestellt wird (vgl. Terray 2002). So kann denn auch von den «neuen Gastarbeiterinnen» gesprochen werden (Piguet/Wimmer 2000).

Jacqueline Kalbermatter

Literatur

- Bakker, Isabella (Hg.), 1994: The strategic silence. Gender and economic policy. London/Ottawa
- Benz, Martina/Schwenken, Helen, 2005: Jenseits von Autonomie und Kontrolle. Migration als eigensinnige Praxis. In: Prokla, Nr. 140, 363–377
- Gather, Claudia/Geissler, Birgit/Rerrich, Maria S. (Hg.), 2002: Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel. Münster
- Piguet, Etienne/Wimmer, Andreas, 2000: Les nouveaux «Gastarbeiter»? Les réfugiés sur le marché du travail suisse. In: Journal of International Immigration and Integration, 1 (2), 233–257
- Terray, Emmanuel, 2002: Illegale Arbeit ist rentabel. In: Archipel, 92 (3), 1–2

Karin Scherschel / Peter Streckeisen / Manfred Krenn (Hg.): **Neue Prekarität.** Die Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik – europäische Länder im Vergleich. Campus Verlag, Frankfurt a. M./New York 2012 (316 S.)

Die Begriffe «Prekarität» und «Aktivierung» stehen im Zentrum aktueller Dynamiken der Arbeitswelt und weiterer Lebensbereiche. Neu ist an der Prekarität wohl vor allem, dass diese nun nach dem Ende einer historisch einmaligen Phase der gesellschaftlichen Integration auftritt (Robert Castel); sie kann als Resultat einer «Prekarisierungsstrategie» im Rahmen einer neuen Herrschaftsform verstanden werden, die auf der «Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit» fusst und das Ziel verfolgt, Erwerbstätige zur Hinnahme ihrer Arbeitsbedingungen zu zwingen (Pierre Bourdieu).

In ihrem Sammelband *Neue Prekarität* gehen Karin Scherschel, Peter Streckeisen und Manfred Krenn davon aus,

dass Prekarität im Zusammenwirken mit der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik analysiert werden muss (S. 7). Die Politik der Aktivierung beruht auf der Prämisse, dass bedingungslose Unterstützung keine Leistungsanreize enthalte und Passivität hervorrufe. Gefordert werden daher Gegenleistungen der Betroffenen. Die HerausgeberInnen fragen nicht, ob es überhaupt einen Zusammenhang zwischen Aktivierung und Prekarität gibt, sie richten ihren Fokus direkt auf die Form dieses Zusammenhangs. Sie tun dies in zwei Richtungen: Einerseits fragen sie, wie die Arbeitsmarktpolitik auf die Prekarisierung reagiert. Andererseits untersuchen sie, wie aktivierende Arbeitsmarktpolitik die Prekarisierung beeinflusst hat. In vergleichender Perspektive werden Deutschland, die Schweiz, Österreich, Grossbritannien und Polen untersucht. Ein Ergebnis lautet, dass sich in den untersuchten Ländern vor den Hintergründen je spezifischer Geschichte, politischer Vorzeichen und unterschiedlicher sozialstaatlicher Traditionen die neuen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Interventionen «ähneln» (S. 7), aber weder deckungsgleich sind noch identische Folgen zeitigen.

Den Folgen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik in Deutschland widmet sich der Beitrag von Karin Scherschel und Melanie Booth. Die «Aktivierungswende» (S. 17) mit den Hartz-Gesetzen führte zwar zu einem statistischen Rückgang der Erwerbslosenzahlen, der allerdings einem «Pyrrhussieg» (S. 39) gleichkommt. Denn er geht den Autorinnen zufolge mit einer Tendenz zur Prekarisierung einher, welche durch die Hartz-Reformen erst ermöglicht wurde. Die Expansion des Niedriglohnsektors, der Leiharbeit und die Schaffung neuer Formen

geringfügiger und unsicherer Beschäftigung sind in diesen gerade vorgesehen (S.34). Der Rückgang der Erwerbslosenzahlen wird von der Entstehung eines neuen Segments von arbeitenden Armen (Working poor) begleitet. Die aktivierungsorientierten Hartz-Reformen tragen wenn auch nicht in kausaler Weise, so doch in mehrfacher Hinsicht zur Expansion von Prekarisierung in Deutschland bei.

Auch in der Schweiz gibt es keine empirischen Hinweise dafür, dass die Aktivierungspolitik zu einer Senkung von Erwerbslosigkeit oder prekärer Beschäftigung führt (S.69). Im Gegenteil, schreibt Peter Streckeisen, förderte die Aktivierungspolitik durch Leistungskürzungen, Sanktionen, Verschärfung der Zumutbarkeit und erzwungene Akzeptanz neuer Formen prekärer Beschäftigung. Die Aktivierungspolitik hat dazu geführt, dass zahlreiche Erwerbslose in befristete Anstellungen («Zwischenverdienst»), Beschäftigungsprogramme und Kurse gedrängt werden. Als «nicht arbeitslose Stellensuchende» bezeichnet, wird ihre prekäre Lebenslage in der Erwerbslosenstatistik «unsichtbar gemacht» (S.53). Im Unterschied zu Deutschland wurden in der Schweiz die Leistungen für Langzeiterwerbslose und Sozialhilfe nicht zusammengelegt, doch auch hier behandeln Politik und Behörden Erwerbslose, Personen mit Behinderung und Arme zunehmend als eine einzige Gruppe von Menschen, die aktiviert werden müssen. Erwerbslosigkeit und Massnahmen zur prekären Beschäftigung treten gleichzeitig auf. Daher kann die Schaffung prekärer Beschäftigung als scheiternder Versuch gedeutet werden, das Problem der zunehmenden Erwerbslosigkeit zu lösen (S.70).

Herzstück des Bandes ist ein Beitrag, der Ergebnisse und methodische Fragen des Ländervergleichs zusammenfassend diskutiert. Ganz allgemein lässt sich in allen fünf untersuchten Ländern sowohl eine Tendenz zur Expansion prekärer Beschäftigungsverhältnisse als auch eine aktivierungspolitische Wende der Arbeitsmarktpolitik feststellen. Hier wird abermals die «Wechselwirkung zwischen Politik und Statistik» (S.180) deutlich: Die Ausbreitung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse sowie die Zunahme der auf Hilfe angewiesenen Bevölkerungsteile sind laut Streckeisen «durch die staatliche Politik mitverursacht und mitgeprägt» (S.194). Damit einher geht eine bestimmte Wahrnehmung der Betroffenen und der sozialen Probleme. Strukturelle Faktoren werden ausgeblendet und Probleme defizitorientiert «als Ergebnis fehlenden Verantwortungsbewusstseins, mangelhafter Ressourcenausstattung und einer problematischen Passivität der betroffenen Menschen» (S.194) individualisiert und personalisiert.

Auch die Zahl der Working poor in der Schweiz wird durch die Anpassung von statistischen Definitionen vermindert, wie Ueli Mäder schreibt. Die aktivierende Sozialhilfe könne weder der Kumulation sozialer Problemlagen der Working poor noch ihrem Bestreben nach Ablösung von der Sozialhilfe gerecht werden (S.209). Dessen ungeachtet wird in der Schweiz sogar versucht, ehemals als «schwervermittelbar» oder «arbeitsunfähig» eingestufte Personen mit komplexer Mehrfachproblematik zu aktivieren, wie Martina Koch und Alan Canonica zeigen. Auf Erwerbslose mit komplexer Mehrfachproblematik reagieren die Behörden einerseits mit einer Ausweitung der Defi-

nition von Arbeitsfähigkeit, andererseits mit einem Programm zur «Interinstitutionellen Zusammenarbeit» (IIZ) zwischen den zuständigen Institutionen der sozialen Sicherheit. Die KlientInnen werden dabei teilweise so behandelt, als ob sie potenziell beruflich integriert und gleichzeitig überflüssig seien. Sie befinden sich in einer «Schwebelage» (S. 249) zwischen Kommodifizierung und Dekommodifizierung. Der Fokus wird dabei auf Kommodifizierung gelegt: Der Zwang zur individuellen Optimierung der Beschäftigungsfähigkeit (employability) wird verschärft und auf komplexe Problemlagen ausgeweitet, was zumeist zu Rückschlägen und Prekarität führt.

Der vorliegende Band legt ein Schwerpunkt auf die Beantwortung der Frage, inwiefern die Politik der Aktivierung die Tendenz zur Prekarisierung erst hervorbringt. Insgesamt kommt hingegen die Beantwortung der Frage nach der Reaktion der Arbeitsmarktpolitik auf Prekarität zu kurz. Deutlicher wäre herauszuarbeiten, wie sich die beiden Fragen zueinander verhalten. Eine Schwierigkeit besteht darin, dass Prekarität teils als prekäre Beschäftigung verstanden wird, teils aber Erwerbslosigkeit zu meinen scheint. Bourdieus Verständnis von Prekarisierung als politischer Strategie und Praxis könnte für die Analyse gewinnbringend sein. Damit liessen sich sowohl Aktivierung als auch Prekarität als Strategien der Herrschaft fassen, die als zwei konstitutive Seiten einer Praxis untersucht werden könnten. In ähnlichem Sinne liessen sich auch Erkenntnisse aus den *Gouvernementality Studies* fruchtbar machen, die im Anschluss an Michel Foucault u. a. den Sozialstaat untersuchen. Sie werden im vorliegenden Band in einem Satz abgetan (S. 178f.).

Wertvolle Hinweise liefert der Band in methodischer Hinsicht. Neben der Historizität aller Sozialpolitik zeigt er auch die Konstruiertheit sozialer Realität durch die «Wechselwirkung zwischen Politik und Statistik» (S. 180) auf. Politische Akteure, Behörden, Statistiken und Studien können gar nicht neutral agieren, sie sind immer schon in politische Kämpfe um die Wirklichkeit verstrickt. Inhaltlich kann kritisiert werden, dass sich der Sammelband stark auf die Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsverhältnisse konzentriert, obwohl er den Anspruch formuliert, weitere Lebenskontexte zu reflektieren und «Prekarität nicht länger auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse» (S. 10) zu beschränken.

Der Sammelband *Neue Prekarität* versammelt fast ausschliesslich relevante Ergebnisse aus der aktuellen Forschung. Er arbeitet den Forschungsstand akribisch auf und stellt umfangreiche weiterführende Literatur bereit. Mit hohem Informationsgehalt und kritischem Blick leistet er einen sehr lesenswerten Beitrag zur Einordnung des «Zusammenspiels von Prekarisierung und Aktivierung» (S. 7).

Michael Mülli

MultiWatch (Hg.): **Zementierte Profite – verwässerte Nachhaltigkeit.** 100 Jahre im Zementgeschäft. Ein Blick auf den Schweizer Konzern Holcim. Edition 8, Zürich 2012 (112 S.)

Anlass für das spannende Buch ist das 100-jährige Jubiläum von Holcim. Herausgeberin ist MultiWatch, eine auf die Beobachtung von Menschenrechtsverletzungen bei schweizerischen Multis

spezialisierte, 2005 gegründete Organisation. Das Buch wurde den Shareholdern von Holcim an deren Generalversammlung im April 2012 überreicht. Die gut recherchierten Beiträge erlauben es, einen Blick hinter die Fassade der von Holcim propagierten «nachhaltigen» Zementproduktion zu werfen.

Im ersten Teil des Buches werden typische lokale Konfliktsituationen dargestellt, die sich aus der global koordinierten Produktion von Zement durch Holcim ergeben. Im zweiten Teil werden die wichtigsten Meilensteine der hundertjährigen Geschichte des Konzerns nachgezeichnet.

Der *erste Teil* beginnt mit der Darstellung der Strategie, mit der die Holcim-Tochter Associated Cement Companies Ltd. (ACC) in Indien die Arbeitskosten in der grossen Kalksteinmine in Jamul nach klassisch kapitalistischen Massstäben «optimiert»: Drei Viertel der ArbeiterInnen werden dort als LeiharbeiterInnen zu deutlich schlechteren Arbeitsbedingungen und einem Bruchteil des Lohns beschäftigt, der ihnen bei Direktverträgen zustehen würde. Einer gerichtlichen Aufforderung, direkte Arbeitsverträge abzuschliessen, kam Holcim bisher nicht nach. Eine sozial verantwortliche Verbesserung der Arbeitssituation für die in prekären Verhältnissen lebenden ArbeiterInnen und ihre Familien gehört anscheinend nicht zum Nachhaltigkeitsverständnis von Holcim.

An Standorten von Holcim-Firmen in Mexiko und Argentinien beklagt sich die lokale Bevölkerung über gesundheitliche Probleme. Diese stehen im Zusammenhang mit der energietechnisch und klimamässig interessanten Aufbereitung und Verbrennung teilweise toxischer Abfälle in Zementöfen. In Argentinien wur-

de Dioxin weit über dem erlaubten Grenzwert ausgestossen. Inwieweit diese hochgradig krebserregenden Substanzen die Gesundheit der Bevölkerung beeinträchtigen können oder dies bereits getan haben, ist eine Frage, die weder Holcim noch die zuständigen Behörden ernsthaft interessiert. Und dies, obwohl bereits unabhängige Expertisen von den lokalen Universitäten vorhanden sind.

Um den nicht nachhaltigen Umgang mit den Wasserressourcen geht es im Beispiel aus Kolumbien. Die naturgemäss sehr wasserintensive Zementproduktion hatte das Absinken der Grundwasserspiegel zur Folge. Der massive Wasserverbrauch führt zu einem ebenso massiven Ausstoss von Abwasser über einen Fluss, dessen Lauf wegen des Kalksteinabbaus bereits mehrmals umgeleitet wurde. Regelmässige Überschwemmungen in einem Armenquartier von Bogotá sind eine der Folgen.

In Guatemala schliesslich wehrt sich die indigene Bevölkerung seit Jahren gegen den Bau einer Zementfabrik auf ihrem Territorium. Die indigenen Gemeinschaften wurden nie offiziell über das Projekt informiert. Das ihnen gemäss internationalen Konventionen (ILO Artikel 169) und nationalen Gesetzen zustehende Recht auf Konsultation über Entwicklungsvorhaben auf ihrem Territorium wurde ihnen von der Regierung verweigert. Die in der Folge in eigener Regie vorgenommene Konsultation lehnte den Bau der Zementfabrik mit 8946 gegen 4 (vier!) Stimmen klar ab. Diese rechtlich gut abgestützte Konsultation ist bis heute weder von der Partnerfirma von Holcim noch von der Regierung anerkannt worden.

Der *zweite Teil* des Buches nähert sich dem Konzern aus einer historischen Per-

spektive. Bei dessen Lektüre kann man nachvollziehen, wie der aktuelle unternehmerische Erfolg von Holcim untrennbar mit den Schmidheiny-Familienkonzernen Eternit und Holderbank verbunden ist. Das Buch zeichnet auch nach, wie das Grosswerden dieser Familienkonzerne in enger Beziehung zu dem von ihnen und anderen «grossen Traditionsfirmen» (BBC, Nestlé, Bankverein, Ciba Geigy etc.) unterstützten bürgerlich-rechten politischen Milieu der Schweiz stand. Dieses spezifische politische Milieu spielte eine bedeutende Rolle beim Etablieren des Vorläufers von Holcim, der Holderbank Zement AG, und gewährte Hilfe und Rückendeckung bei der globalen Ausweitung ihres Geschäftsfeldes.

Die Darstellung der Meilensteine der Geschichte von Holcim liefert interessante Anhaltspunkte für Antworten auf die Frage, die sich nach der Lektüre des Buches stellt: Wie können die Widersprüche zwischen Diskurs und Praxis der Unternehmensführung erklärt werden? Auch wenn klar ist, dass es nicht Aufgabe dieses Buches war, dieser Frage nachzugehen, wäre es interessant gewesen, hierzu einige Überlegungen anzustellen. Das Buch zeigt nämlich auf, dass ein oligopolistisch orientierter Grosskonzern sich den strukturellen Widersprüchen des globalen, kapitalistisch konstituierten Wirtschaftssystems nicht einfach entziehen kann. Holcim versucht anerkanntermassen, die direkten Umweltfolgen (CO₂-Ausstoss oder Energieverbrauch) der Zementproduktion zu reduzieren. Trotzdem gelingt es mit dem bestehenden Geschäftsmodell nicht wirklich, die Zementproduktion so zu organisieren, dass die Interessen von ArbeitnehmerInnen, betroffenen Bevölkerungsschichten und der langfristigen Erhaltung der Um-

welt den gleichen Stellenwert haben wie die Interessen der Shareholder von Holcim.

Dieser Widerspruch nährt sich aus dem immer noch einseitigen Verständnis der unternehmerischen Tätigkeit. Anton E. Schrafl, eine der Schlüsselpersonen in der Geschichte des Konzerns, bringt diese reduktionistische Sicht so zum Ausdruck: «Es ist das Recht und die Pflicht jedes Unternehmens, Profite zu machen.» Aus dieser Sicht kann der grundlegende Widerspruch zwischen Kapital, Arbeit und den wissenschaftlich fundierten Ansprüchen an eine lebenswerte Umwelt, welcher der durchgezogenen Bilanz von 100 Jahren Holcim zugrunde liegt, nicht erkannt werden.

Ein zukünftiger CEO der Firma, der Holcim wirklich nachhaltig machen möchte, müsste in Anlehnung an das Buch in etwa das folgende unternehmerische Motto formulieren: «Es ist unser Recht und unsere Pflicht, Zement zu produzieren; und zwar so, dass die sozialen und politischen Grundbedürfnisse von allen Mitarbeitenden, der Lokalbevölkerung und der Konsumenten, im Rahmen einer lebenswerten Umwelt, möglichst weitgehend und ökonomisch nachhaltig gedeckt werden können.»

Stephan Rist

Konrad J. Kuhn: **Entwicklungspolitische Solidarität.** Die Dritte-Welt-Bewegung in der Schweiz zwischen Kritik und Politik (1975–1992). Chronos Verlag, Zürich 2011 (464 S.)

Auf dem Umschlag der 2011 als Buch erschienenen Dissertation von Konrad J. Kuhn sind zwei Aktivisten der *Erklärung von Bern* vor dem Hauptsitz der Kreditanstalt abgebildet. Ihr Transparent – «Es kommt weniger drauf an, mehr zu geben, als weniger zu nehmen» – weist auf strukturelle Ungleichheit, Ausbeutungsverhältnisse und Verteilungsfragen hin. Diese Themen prägten von Beginn an auch die Schweizer Drittweltbewegung, und sie haben bis heute nichts von ihrer Aktualität verloren. Der Zürcher Historiker Konrad J. Kuhn geht in seiner Studie über die Geschichte der entwicklungspolitischen Solidaritätsbewegung im Zeitraum zwischen 1975 und 1992 den Aktivitäten, Analysen und Forderungen einer vielfach gespaltenen Bewegung nach.

Einleitend stellt Kuhn dar, welche Rolle der Solidaritätsbegriff für das schweizerische Selbstverständnis spielt. Für die staatlichen Stellen ergänzt Solidarität die Neutralität – mit dem Vorteil, dass das im internationalen Umfeld artikulierte Unverständnis über die Neutralitätsmaxime der Schweiz kompensiert werden kann. Dabei ging es immer wieder um wirtschaftliche Zusammenarbeit, womit die offizielle Solidarität in vielen Fällen «Mittel zum Zweck» wurde. Die Drittweltbewegung versuchte diese Instrumentalisierung zu überwinden: Eine Solidarität, die ihren Namen verdient, ist universal. Damit knüpfte die Bewegung an den programmatischen Internationalismus der ArbeiterInnenbewegung an. Ein weiterer wichtiger Ausgangspunkt

für die Entstehung der entwicklungspolitischen Solidaritätsbewegung in der Schweiz war die «1968er-Bewegung», in der die «Dritte Welt» als Gegenstand unterschiedlicher ökonomischer und politischer Analysen breit diskutiert wurde und Identifikationen mit Befreiungsbewegungen ermöglichte.

Kuhn kommentiert die Problematik des Drittweltbegriffs, verwendet ihn jedoch selbst in seiner Arbeit als Kürzel für ein handlungsleitendes Konzept: «als Idealbild, das unzählige Schweizerinnen und Schweizer angespornt hat, sich für benachteiligte Menschen einzusetzen» (S.15). Die Drittweltbewegung fasst er als neue soziale Bewegung, bei deren Entstehung neben den Ereignissen von «1968» viele weitere Faktoren, Ansätze und Entwicklungen mitwirkten. Dazu gehörten unter anderem die Dekolonisation, die Dependenztheorien, die Friedensbewegung und der Einfluss sozial engagierter kirchlicher Kreise. Die Untersuchung setzt 1975 ein und beleuchtet das aus entwicklungspolitischer Sicht «verlorene» Jahrzehnt der 1980er-Jahre. Er dokumentiert den entwicklungspolitischen Diskurs anhand ausgewählter Ereignisse und geht der Frage nach, wie die Bewegung um die Deutungshoheit im politischen Diskurs kämpfte, welche Konfliktlagen und Problemstellungen sie dabei analysierte und wie sie die daraus folgenden Alternativen und Forderungen politisch lancierte. Ebenso arbeitet Kuhn die Organisationsentwicklung sowie die vielfältige Gespaltenheit der Drittweltbewegung auf.

1981 versammelten sich am Symposium der Solidarität in Bern über 3000 Personen. Unter dem Motto «Entwicklung heisst Befreiung» wurden Forderungen diskutiert und ein Manifest verabschie-

det, das die offizielle Schweizer Aussen- und Entwicklungspolitik scharf kritisierte. Auch Vertreterinnen und Vertreter von Befreiungsbewegungen und oppositionellen Kräften aus der «Dritten Welt» nahmen teil. Kuhn bezeichnet das Symposium als Höhepunkt der bisherigen Entwicklung und gleichzeitig als Beginn der Aufsplitterung der Schweizer Drittweltbewegung. Der Autor ortet mit Blick auf die weitere Entwicklung drei unterschiedliche Positionen: Zum einen waren im Nachgang zu «1968» politische Gruppierungen wie die *Erklärung von Bern* und die Solidaritätskomitees entstanden, die von dependenztheoretischen und antiimperialistischen Ansätzen ausgingen und die Schweiz als Teil eines ungerechten Weltsystems kritisierten. Völlig gegenteilige Positionen vertraten zum anderen die schweizerischen Wirtschaftskreise und die grossen bürgerlichen Parteien, die Solidarität nur als «Mittel zum Zweck» wirtschaftlicher Zusammenarbeit verstehen wollten. Dazwischen nahmen die Hilfswerke eine «Mitteposition» ein: Sie traten moderater auf, da sie als Empfänger öffentlicher Gelder und von Spenden einer heterogenen Basis verpflichtet und öffentlich wie auch intern angreifbar waren. Die von Kuhn konstatierte Aufspaltung der Bewegung in politische Gruppierungen, Solidaritätskomitees und etablierte Hilfswerke hat die Bewegung im untersuchten Zeitraum entscheidend geprägt.

1983 schlug der Bundesrat angesichts knapper Bundesfinanzen vor, ab 1984 die Entwicklungshilfe einzufrieren und damit knapp 400 Millionen Franken einzusparen. Dies kontrastierte aufs Schärfste mit der 1980 formulierten Forderung der UNO, die Entwicklungshilfe der Industrieländer sei auf mindestens 0,7 Prozent

des Bruttosozialproduktes anzuheben. Eine unter dem Titel «Entwicklungshilfe ist eine Überlebensfrage» von den Hilfswerken lancierte Petition konnte im Herbst 1983 mit über 200 000 Unterschriften eingereicht werden. Die geplanten Sparmassnahmen konnten damit zwar nicht verhindert werden, jedoch hatte die Petition zur Folge, dass die Entwicklungshilfegelder von Bund, Kantonen und Gemeinden in den Folgejahren wieder schrittweise anstiegen.

1984 kam die 1978 von der SP Schweiz als Antwort auf den «Chiasso-Skandal» der SKA eingereichte Bankeninitiative zur Abstimmung. Die Banken sollten transparenter wirtschaften, der Steuerhinterziehung sollte ein Riegel geschoben werden und die Schweiz sollte nicht länger ein Hort für Fluchtgelder sein. 1978 war die *Aktion Finanzplatz Schweiz-Dritte Welt* (AFP) gegründet worden, die hierzu wichtige Aufklärungsarbeit leistete. Deren Kampagne gegen «Blutgelder» und der Abstimmungskampf zeigten – nicht zum ersten Mal – die Spaltung der Drittweltbewegung, da sich die Hilfswerke aus verschiedenen Gründen nicht dazu entschliessen konnten, die Bankeninitiative aktiv zu unterstützen.

Neben einzelnen «Ereignissen» fokussiert Kuhn auf Längsschnittthemen, die den entwicklungspolitischen Diskurs bestimmten. So legt der Autor dar, wie sich die öffentliche Thematisierung von Hunger veränderte. Die Drittweltbewegung analysierte die Ursachen des Hungers vor allem als ein Verteilungsproblem. Damit bezog sie eine Gegenposition zu Analysen, die Hunger als Naturkatastrophe verstanden, ebenso wie zu neomalthusianischen Ansätzen, die den Hunger auf Überbevölkerung zurückführten. Überzeugend werden die

Dilemmata insbesondere der Hilfswerke geschildert, die in zahlreiche Aktionen direkter Nothilfe involviert waren: Durfte emotional kommuniziert werden, etwa mit Bildern von hungernden Kindern? Wie konnte man einer breiten Öffentlichkeit die dem Hunger zugrunde liegenden Verteilungsprobleme erklären? War die Nothilfe angesichts fortbestehender struktureller Ungleichheiten überhaupt sinnvoll, oder führte sie vielleicht sogar langfristig zu mehr Elend und Not? Wie konnten die notwendigen Strukturveränderungen auf globaler Ebene angegangen werden? Politische Gruppierungen kritisierten denn auch die Arbeit der Hilfswerke zumindest teilweise als unpolitisch und damit inkonsequent. 1981 lancierte die Erklärung von Bern die Kampagne «Hunger ist ein Skandal», die die strukturellen Ursachen von Hunger in den Mittelpunkt stellte. Dabei stand die Forderung nach fairem Handel im Zentrum, was in der Schweiz wiederum ein Anlass war, den eigenen Lebensstil im Wohlstand zu hinterfragen.

In den 1980er-Jahren wurde die Verschuldung der Entwicklungsländer auch in der Schweiz zu einem zentralen Thema der Drittweltbewegung. Der Schuldendienst der Entwicklungsländer an die Industrieländer überstieg die Entwicklungshilfezahlungen in vielen Fällen bei Weitem. 1989 lancierten die Hilfswerke im Hinblick auf das 700-Jahr-Jubiläum der Eidgenossenschaft die Petition «Entwicklung braucht Entschuldung». Ziel war es, einen öffentlichen Fonds zur Entschuldung der ärmsten Länder zu schaffen. Bewegungsintern wurde die Petition heftig diskutiert, bestritten doch viele politische Gruppierungen und Solidaritätskommissionen ganz grundsätzlich die Legitimität der Schulden und des

Schuldendienstes. (Vgl. dazu auch *Widerspruch*-Sonderband 2, 1989: «Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital».)

Mit grossem Interesse liest man, wie die Frage des Beitritts zu IWF und Weltbank zu Beginn der 1990er-Jahre die Drittweltbewegung nochmals spaltete und damit entscheidend schwächte. Trotz grundsätzlicher Einigkeit in der Kritik an Währungsfonds und Weltbank waren sich politische Gruppierungen und Hilfswerke uneinig, was die Strategien des Widerstands und des weiteren politischen Vorgehens anging. Erstere beschlossen im Herbst 1991, das Referendum zu ergreifen, dessen Unterstützung die Hilfswerke verweigerten. Letztere hofften einerseits auf Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen der beiden Institutionen, andererseits wollten sie nicht die isolationistischen Kräfte unterstützen, die ebenfalls Unterschriften für ein Referendum sammelten. Letzteres erinnert an das Setting der EWR-Abstimmung im September 1992: Auch hier argumentierte die (mehrheitliche) Ja-Position von SP und Gewerkschaften vielfach mit der veränderten weltpolitischen Situation nach den Umbrüchen von 1989/91, mit dem Wunsch nach Öffnung und der Ablehnung isolationistischer Positionen. Im Gegensatz zur EWR-Vorlage wurde der Beitritt zu den Institutionen von Bretton-Woods jedoch klar angenommen.

Kenntnis- und materialreich erläutert Kuhn die Geschichte der schweizerischen Drittweltbewegung in den «langen 1980er Jahren». Partielle Erfolge werden Niederlagen gegenübergestellt, die zu weiteren Spaltungen der Bewegung führten. Die weitreichenden politischen Umbrüche im internationalen Umfeld der späten 1980er und frühen 1990er-Jahre trugen wesentlich dazu bei. Damals

rückte die Entwicklung Ostmitteleuropas in den Fokus, während die «Dritte Welt» in den Hintergrund geriet. Zunehmend dominierten professionalisierte NGOs und Hilfswerke das entwicklungspolitische Feld. Für diese standen vielfach Spendenmarkt- und Marketingüberlegungen im Zentrum, während die personell und finanziell ungleich schlechter dotierten politischen Gruppierungen und Solidaritätskomitees in der öffentlichen Diskussion ins Hintertreffen gerieten. Der Kollaps des Sozialismus sowjetischer Prägung führte, wie Kuhn schreibt, zu einer «postutopischen Zurückhaltung» und erschwerte die Formulierung alternativer Konzepte. Wenngleich Begriffe wie «Entwicklung» und «Solidarität» in der politischen Soziologie und Entwicklungssoziologie Dauerthema blieben, verloren sie nach Kuhn in öffentlichen Diskursen an politischer Wirkung.

Kuhns informative und spannend zu lesende Studie bietet eine gute Basis, um in der Schweiz die Entwicklungspolitik und Solidarität mit den Armen nach 1992 bis in die Gegenwart aufzuarbeiten – und von heute aus weiterzudenken. Auch wenn die Prozesse der Spaltung der Bewegung in einzelnen Fällen vielleicht etwas zu sehr vom Resultat her interpretiert werden, überzeugen Konzeption und Durchführung der Studie. Abschliessend hält der Autor fest, dass der Zerfall der Bewegung in ihrer damaligen Form keineswegs das «Ende der menschlich begründeten Hoffnung auf eine gerechte Welt» bedeute. Dieser Einschätzung mag angesichts der fortdauernden Ausbeutung der Dritten Welt etwas Paradoxes anhaften. Weiterhin kontrastiert die Forderung der Schweizer Drittweltbewegung nach politischer Analyse und Sys-

temkritik mit den technokratischen und marketinggläubigen Positionen vieler heutiger Hilfswerke und NGOs. Umso mehr gilt es, einer de facto unpolitischen Haltung ein politisches Engagement entgegenzusetzen, das die globalen Verhältnisse struktureller Ungleichheit und ihre Profiteure weiterhin beim Namen nennt.

Rebekka Wyler

Romeo Rey: **Solidarity.** Entwürfe zu einer neuen Gesellschaft. VSA Verlag, Hamburg 2012 (320 S.)

Romeo Rey hat mich ein halbes Leben lang mit seinen Artikeln begleitet und jeder Beitrag, den er zum Beispiel als Lateinamerikakorrespondent im Zürcher *Tages-Anzeiger* geschrieben hat, war für mich ein «Must». So ist es sicher vielen Politikinteressierten meiner Generation gegangen. Leider sind Journalistinnen oder Journalisten mit einem vergleichbaren historischen und politischen Wissen selten geworden. Gespannt war ich deshalb auf das neue Buch von Romeo Rey, das bereits im Titel viel verspricht. Nämlich einen Blick auf mögliche neue Gesellschaftsformen.

In seinem neuesten Werk beschränkt sich der Autor keineswegs auf eine Analyse des neoliberalen Modells, das die Welt in grosse soziale Widersprüche, eine ökonomische Krise und nahe an ein ökologisches Desaster getrieben hat. Das haben Autorinnen und Autoren vor ihm gemacht. Rey kommentiert vielmehr die verschiedenen Versuche, Alternativen zum Kapitalismus zu beschreiten, die es

in der jüngeren Geschichte gegeben hat: welche Schwierigkeiten sie hatten und warum sie gescheitert sind. So etwa der Stalinismus in der Sowjetunion. Er analysiert aber auch heute noch bestehende Alternativen zum Neoliberalismus. Als Lateinamerika-Kenner beschreibt er besonders fundiert die kubanische Revolution, die zapatistische Bewegung sowie die linken Regierungen in Venezuela und anderen lateinamerikanischen Ländern. Nicht zu kurz kommen auch neuere solidarische Produktionsformen in der Alten Welt, von der traditionellen Genossenschaftsbewegung bis hin zu den «commons», also der Produktion von kollektiven Gütern und Dienstleistungen, von denen niemand ausgeschlossen werden kann oder soll, wie z. B. im Falle der «open source»-Software. Rey zitiert Krätke, der im *Widerspruch* Heft 55 (2008) vorgerechnet hat, dass es allein in Europa etwa 240 000 genossenschaftliche Betriebe mit 140 Millionen Mitgliedern gibt. Dazu gehören allerdings auch Unternehmens-Genossenschaften wie z. B. die Migros. Dennoch: Rey legt dar, dass solche Ansätze solidarischen Wirtschaftens nicht zuletzt wegen der Förderung durch einige lateinamerikanische Staaten im Aufwind sind.

Rund die Hälfte des Buches widmet Rey künftigen wirtschaftlichen Alternativen, wobei er nahtlos an die bereits bestehenden Modelle solidarischen Wirtschaftens anknüpfen kann. Sein neuer Gesellschaftsentwurf basiert auf vier Pfeilern: einer Umverteilung bzw. einer Rückverteilung des Reichtums über Steuern, einer Neutralisierung des Kapitals, der Demokratisierung der Wirtschaft und einem multipolaren internationalen System mit gerechtem Handel.

Die Rückverteilung des Reichtums

über progressive Steuern ist dringend nötig, weil sich Vermögen und Einkommen in den letzten Jahrzehnten immer mehr konzentriert haben und die Verteilung ungleicher geworden ist. Ein gut funktionierender Service Public braucht zudem genügend Steuermittel und ist unerlässlich für die Befriedigung von Grundbedürfnissen der Gesellschaft. Rey hält nicht viel von einer Beschränkung oder Kontrolle der Managerlöhne à la «Abzockerinitiative» (die Initiative des mittelständischen Unternehmers und Schweizer Ständerates Thomas Minder will die Rechte der Aktionäre zur Kontrolle der Managerlöhne stärken) oder von der Initiative der Schweizer JungsozialistInnen, die eine Bandbreite zwischen tiefsten und höchsten Löhnen einführen will. Die Möglichkeiten zur Umgehung solcher Regelungen seien zu gross. Mindestlöhne hingegen seien nötig, und auch einem bedingungslosen Grundeinkommen gibt Rey längerfristig eine Chance. Seine Priorität liegt aber in einer «umfassenden und global vereinbarten Reform des Steuerwesens». Dazu gehören zum Beispiel eine globale Finanztransaktionssteuer (Tobin Tax) und vor allem die Austrocknung von Steueroasen, die Steuerfluchtgeld anziehen und so Steuerreformen verunmöglichen oder erschweren. Das Prinzip «alle Wertschöpfung, die im Inland erwirtschaftet wird, sollte auch im Inland versteuert werden» kann nur verwirklicht werden, wenn Steuerparadiese wie jene in der Schweiz, auf den Kanalinseln oder den Cayman-Inseln verschwinden. Allein die Steuerflucht aus der Dritten Welt wird auf 245 Milliarden Dollar geschätzt. Das ist das Doppelte der gesamten öffentlichen und privaten Entwicklungshilfe. Nötig sind deshalb der weltweite Informations-

austausch über Steuerdaten und eine einheitliche Bemessungsgrundlage für Konzerngewinne.

Auch zu den nächsten Pfeilern möglicher Alternativen, der Neutralisierung des Kapitals und der Demokratisierung der Wirtschaft, wird Rey sehr konkret. Neben der Einschränkung der Macht des Kapitals durch Besteuerung ist auch eine Mitbestimmung über die Verwendung der privaten Produktionsmittel nötig. Besser als die deutsche Mitbestimmung, die bei wichtigen Entscheiden letztlich den Unternehmern das Feld überlassen muss, sei neben der Ausweitung des genossenschaftlichen Sektors eine Neutralisierung des Kapitals im Sinne des tschechischen Reformökonomen Ota Sik. Dieses Modell geht davon aus, dass das Kapital der Unternehmen schrittweise in die Hände der Mitarbeitenden übergeht. Diese im Gegensatz zur traditionellen Verstaatlichung echte «Kollektivierung» der Produktionsmittel soll zu einer gesellschaftlichen Effizienz- und Wohlstandssteigerung führen. Rey diskutiert allerdings die möglichen Schattenseiten eines solchen Modells kaum: Auch bei kollektivem Besitz einer Unternehmung ist «Betriebsegoismus» möglich. Das zeigte sich im jugoslawischen Modell etwa so, dass die Beschäftigten vor allem an der Maximierung ihres betrieblichen Lohnfonds interessiert waren. Dieses Verhalten beeinträchtigte die betrieblich oder gesellschaftlich notwendigen Investitionen und ging damit auf Kosten der Beschäftigten in anderen Sektoren.

Zur Demokratisierung der Wirtschaft gehören auch die Vergesellschaftung des Bodens als wichtiger Produktionsfaktor und die Einschränkung der Macht des Finanzsektors mit seinem Bankengigantismus. «Grundsätzlich bin ich der Mei-

nung, dass die Banken ein Teil des Service Public sein müssen», sagt Rey und geht damit über die gängigen Reformvorstellungen wie Erhöhung der Eigenkapitalquote oder Aufspaltung der Banken hinaus.

Eine gerechte Weltwirtschaft, der letzte Pfeiler von Reys Reformprogramm, ist nur durch eine Abkehr vom Hegemoniedenken des Westens bzw. der USA und durch eine Kontrolle der multinationalen Unternehmen möglich. Schuldenerlass, faire Handelsbeziehungen und ein System des globalen Finanzausgleichs sollen einen gerechten Welthandel ermöglichen.

Rey glaubt an die Notwendigkeit der Utopie. Dabei ist er überzeugt, dass ein neues, solidarisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem nur auf demokratischem Weg mit Überzeugung und kontinuierlicher Veränderung erreicht werden kann. «Gewaltsame revolutionäre Umwälzungen bringen stets Unsicherheit, sie verbreiten Angst und Schrecken und haben in der Geschichte immer wieder zu katastrophalen Rückschlägen geführt.» Das mag stimmen. Die jüngsten Reformbewegungen in Nordafrika und im Nahen Osten zeigen allerdings, dass dies nicht immer möglich ist, wenn sich die Machtfrage stellt und bisherige Privilegien mit allen Mitteln verteidigt werden.

Hans Baumann

Monika Wicki

Streik-Tagung und politische Biografie zu Robert Grimm

Am 23. Juni 2012 fand anlässlich der 100-Jahr-Feier des Generalstreiks von Zürich 1912 im Volkshaus Zürich eine Tagung zum Thema Streik statt, organisiert durch die Robert-Grimm-Gesellschaft und das Denknetz. Auf diese Tagung hin erschien auch das Buch *Robert Grimm. Marxist, Kämpfer, Politiker*¹. Ein «Extra-blatt» zum Generalstreik von 1912 wurde von François Baer, Nicolas Behrens, Michael Kraft und Monika Wicki an der Tagung aufgelegt. Eine alles überragende Stellung in Grimms Leben nahm der Landesgeneralstreik von 1918 ein. Selbst Jahrzehnte später, als sich im Umfeld des Kalten Krieges Sozialdemokraten und Gewerkschaften vom Generalstreik distanzieren, bemühte sich Grimm darum, dessen historische Bedeutung darzulegen. Die Gegenwart zeigt angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrisen, angesichts der Streikwellen, des arabischen Frühlings und der Occupy-Bewegung, dass es keineswegs überholt ist, über Streikformen nachzudenken und sich mit Grimm auseinanderzusetzen.

In zwei einführenden Referaten befassten sich Christian Koller (Universität Bangor) und Bernard Degen (Basel) mit dem Generalstreik von Zürich und mit der Theorie des politischen Massenstreiks. Dass Robert Grimm 1906 die Broschüre *Der politische Massenstreik* herausgab und 1912 in Zürich ein Generalstreik stattfand, war kein zufälliges Zusammentreffen. Um die Jahrhundertwende streikten in vielen Ländern Europas immer wieder Arbeiter und Arbeiterinnen für ein allgemeines Wahlrecht

oder gegen das Streikpostenverbot und den Einsatz von Militär und Polizei. Für einen erfolgreichen politischen Massenstreik sei es wichtig, so Grimm in Anlehnung an Jean Jaurès und Alexander Parvus, dass der Grund, wofür gestreikt wird, aus dem Herzen der Arbeiter komme. Der Grund müsse Überzeugungskraft haben und legitim sein. Es müsse klar sein, was mit einem Streik erreicht werden soll und unter welchen Bedingungen er zu beenden sei. Er müsse gut organisiert und die Arbeiterschaft müsse diszipliniert sein und sich nicht provozieren lassen. Aus diesem Grund solle auf den Genuss von Alkohol während eines Streiks verzichtet werden.

Im Anschluss an die beiden Eingangsreferate ging Vasco Pedrina, Gewerkschaft Unia und Delegierter im Europäischen Gewerkschaftsbund, auf die aktuelle Situation in Europa ein. Auch angesichts der Finanzkrise 2007/08 und des politischen Rechtsrucks wäre ein europäischer Generalstreik die geeignete und notwendige Antwort, meinte er und stellte die Frage, weshalb es nicht dazu gekommen ist. Einerseits seien rechtliche Fragen in Bezug auf Streiks nicht geklärt und andererseits sei ein Trend zum «nationalen Rückzug» der Gewerkschaften feststellbar. Vor allem die stark ungleichen Entwicklungen in den sogenannten Überschussländern und in den Defizitländern Europas mit ihren politischen Erschütterungen würden die Basis der Solidarität untergraben. Den einzigen Ausweg aus dieser Sackgasse sieht Pedrina in einer offensiven Strategie der Europäisierung der Sozialkämpfe und in gemeinsamen politischen Aktionen.

Diese Aussage nahm Peter Birke von *Sozial.Geschichte Online* aus Hamburg

auf. Er wies darauf hin, dass heutige lokale soziale Bewegungen wieder vermehrt Arbeitskämpfe zu ihren Schwerpunkten machten, und meinte, die Verbindung der sozialen Bewegungen mit der Arbeiterbewegung sei wichtig. Birke sieht die Fragmentierung der sozialen Bewegungen als Hauptursache dafür, dass die europäischen Solidarisierungsprozesse so schwer durchsetzbar seien. Deshalb sollten die Gewerkschaften Dynamiken der sozialen Bewegungen nutzen und sich in den lokalen Kämpfen von unten einsetzen und vernetzen. Nur so könne eine europäische soziale Bewegung möglich werden.

Einen weiteren Aspekt brachte Bettina Dauwalder in die Diskussion ein: In einer Dienstleistungsgesellschaft seien sehr viele Menschen im öffentlichen Dienst tätig, dort aber, so Dauwalder, herrsche eine andere Logik als in Industriebetrieben. Insbesondere im Gesundheitswesen würden sehr viele Frauen arbeiten, häufig Teilzeit und mit einer Ethik, in der das Wohl des Patienten oder Klienten an erster Stelle stehe. Unter diesen Bedingungen sei es schwieriger zu streiken, auch wenn die Arbeitsbedingungen extrem unter den Ökonomisierungstendenzen litten. Es stelle sich die Frage, wie Solidarität über Branchen hinweg erzeugt werden könne. Warum streiken nicht einfach die Bahnarbeiter für das Gesundheitswesen?

Zum Abschluss der Tagung diskutierten die GewerkschafterInnen Paul Rechsteiner (Schweizerischer Gewerkschaftsbund), Andreas Rieger (Gewerkschaft Unia), Julia Gerber Rüegg (Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich) und Bettina Dauwalder (Gewerkschaft vpod) sowie Peter Birke über den «modernen Streik». Streiken ist in der Schweiz entge-

gen allen Gerüchten legal, die Streiks sind erfolgreich und werden zunehmend häufiger eingesetzt. Sollte nun angesichts der Krisen der politische Massenstreik ausgerufen werden oder nicht? Julia Gerber Rüegg plädierte für eine europaweite gemeinsame Gestaltung der Politik und für eine intensive Vernetzung der Bewegungen. Die Gewerkschaften müssten sich öffnen hin zu den sozialen Bewegungen und auch wieder hin zur Politik und gewerkschaftsübergreifend Synergien nutzen. Streik sei ein demokratisches Grundrecht, sagte Paul Rechsteiner, er könne nicht delegiert oder verordnet werden, er müsse von den Betroffenen getragen werden. Streiks seien wichtig, auch kleine Streiks, denn sie politisierten und solidarisierten die Menschen. Streiks seien ein wirksames, taugliches und auch zentrales Mittel im politischen Kampf, mit dem auch gedroht werden könne. Er meinte, wir würden heute vor der grossen Aufgabe stehen, gegen die Diktatur der Finanzmärkte klare Forderungen zu formulieren. Ein gelingender politischer Massenstreik müsste von der Bewegung getragen sein, unmittelbar einleuchten, eine hohe Überzeugungskraft haben und in der Öffentlichkeit als legitim anerkannt werden. Eine Forderung ganz im Sinn und Geist von Robert Grimm.

Das von Bernard Degen, Hans Schäppi und Adrian Zimmermann herausgegebene Buch *Robert Grimm. Marxist, Kämpfer, Politiker* vereinigt im Wesentlichen die überarbeiteten Referate der Tagung, die 2008 anlässlich des 50. Todestages von Robert Grimm in Bern stattgefunden hat. Neu hinzugekommen ist ein Aufsatz von Simon Wenger (Basel) über die Tätigkeiten Robert Grimms als Leiter der Sektion Kraft und Wärme des Amtes

für Kriegswirtschaft des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements zwischen 1939 und 1947. Aufgenommen wurde auch ein Aufsatz von Andreas Thürer (Genf) über die erfolgreiche Kampagne zur Verhinderung der Wahl Grimms als Nationalratspräsident 1926. Ergänzt wird der Band durch einen biografischen Nachtrag von Bernard Degen, eine ausführliche Bibliografie über die Schriften Grimms von Andreas Berz (Bern) sowie eine Darstellung des Nachlasses von Robert Grimm durch Urs Kälin (Zürich).

Der Tagungsband ist chronologisch geordnet und lässt sich dank der ergänzenden Beiträge auch als Biografie lesen. Im Vergleich zu den bereits existierenden Biografien von Christian Voigt (*Robert Grimm: Kämpfer, Arbeiterführer, Parlamentarier. Eine politische Biografie*. Zytglogge, Bern 1980) und Adolf McCarthy (*Robert Grimm. Der schweizerische Revolutionär*. Francke, Bern/Stuttgart 1989) beleuchtet der Band Aspekte, die bislang wenig thematisiert wurden. Nicht die Rolle Grimms als Organisator der Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal (1915/16) oder als Führer des Landesgeneralstreiks (1918) steht im Zentrum, vielmehr zeigen die Beiträge Zwischen-schauplätze, die nicht unwichtig sind; so etwa die Sicht der Gegner Grimms auf dessen widersprüchliche Persönlichkeit (Hans Ulrich Jost, Lausanne): «Eine innerlich nicht ganz gefestigte, sehr abenteuerlich, ja sogar zynisch eingestellte Persönlichkeit», «gesinnungslos, grundsatzlos und charakterlos», aber auch ein «mächtiger Kämpfer, ein fähiger und energischer Mann», ein hinreissender Redner mit einer «blendender Formulierungskunst» – oder doch ein «unverschämter Lump»? Die Meinungen über

die Persönlichkeit Robert Grimms, die Jost aufzeigt, gingen weit auseinander und treffen doch vielleicht die verschiedenen Facetten Grimms. Andere Themen, die bisher kaum angesprochen wurden, sind Grimms Rolle beim Bau des Staatsarchivs Bern (Peter Martig, Bern), Grimm als Historiker (André Holenstein, Bern), Grimm als Experte (Brigitte Studer, Bern) oder Grimms Haltung zum Marshall-Plan (Jakob Tanner, Zürich).

Robert Grimm war eine bedeutende Persönlichkeit, welche die Sozialdemokratie der Schweiz ein halbes Jahrhundert lang wesentlich geprägt hat. Er war eine internationale Führungsfigur des Sozialismus, wie Marc Vuilleumier (Genf) deutlich zeigt, und in der Schweiz ein umtriebiger Mann, der eine grosse Zahl wichtiger politischer Ämter bekleidete. Weshalb er 1926 als Vizepräsident des Nationalrats nicht zu dessen Präsidenten gewählt wurde, wie es üblich gewesen wäre, und dieses Amt erst gegen Ende seiner Karriere kurz bekleiden durfte, zeigt der Beitrag von Andreas Thürer. Für eine politische Laufbahn wie jene Grimms sind Willensstärke, Entschlusskraft, Durchsetzungsvermögen, eine natürliche Autorität, eine rasche Auffassungsgabe sowie taktische und rhetorische Fähigkeiten notwendig (Jost). Ob es dazu auch der «Männlichkeit» bedurfte, sei an dieser Stelle dahingestellt. Dass es unter diesen Umständen schwierig war, eine Ehe mit Kindern mit einer Persönlichkeit wie Rosa Reichesberg zu führen, ist nachvollziehbar. Caroline Arni (Basel) geht aber weiter und stellt Zusammenhänge her zwischen Grimms Ehen und der Integration der Arbeiterbewegung ins politische System der Schweiz.

Grimm war ein intelligenter, aber schwieriger Mann, der stets klare Positi-

onen vertrat. Gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung sprach er offen und kritisch aus, dass er die loyale Haltung der Gewerkschaftsführung gegenüber der deutschen Reichsregierung keineswegs billigte, wie Josef Mooser (Basel) in seinem Beitrag schreibt. Grimm war zeit lebens Antimilitarist. Dass er sich in den 1930er-Jahren dann doch zum schweizerischen Militär bekannte, hatte mit dem Aufstieg des Faschismus zu tun, der seiner Ansicht nach nur noch durch ein Zusammenstehen der Linken mit der Mitte bekämpft werden konnte. Dies war einer der wenigen Momente, in denen Grimm den Sozialismus als Ziel unterordnete. Grimm war und blieb immer ein Marxist und Klassenkämpfer, der stets den Sozialismus anstrebte und dennoch als Politiker pragmatisch und innovativ Lösungen für den Alltag fand: Visionär beim Bau des Berner Staatsarchivs, innovativ als Experte, pragmatisch und doch sozialistisch als Energiebewirtschafter im Zweiten Weltkrieg, weitsichtig und marxistisch in seiner Kritik am Marshall-Plan und im Plädoyer für einen Weg zwischen Sowjetkommunismus und westlichem Kapitalismus.

Was bleibt? Grimms Errungenschaften, aber auch seine Schriften haben keineswegs an Aktualität verloren. «Ausgerüstet mit historischen Kenntnissen und einem theoretischen Instrumentarium pflegte Grimm als Spezialität die politische Analyse einer Situation.» Auf dem Hintergrund der aktuellen Macht- und Klassenverhältnisse schätzte er die Lage ein und zeigte Möglichkeiten und Grenzen von politischen Aktionen auf. Grimms Analysen, so Hans Schäppi (Basel), sind noch heute faszinierende Lektüren, und dies nicht nur für Historiker. Die bibliografischen Beiträge von Andre-

as Berz und Urs Kälin zu den Schriften Grimms helfen, einschlägige Texte zu finden, denn Grimm war im Schreiben ebenso tüchtig und erfolgreich wie mit seinen Reden.

- 1 Bernard Degen, Hans Schäppi, Adrian Zimmermann (Hg.): Robert Grimm. Marxist, Kämpfer, Politiker. Chronos Verlag, Zürich 2012 (232 S.).

Peter Birke / Max Henninger (Hg.): **Krisen Proteste.** Beiträge aus Sozial.Geschichte Online. Assoziation A, Berlin/Hamburg 2012 (309 S.)

Verschiedene Autorinnen und Autoren thematisieren im zu besprechenden Buch Proteste, Revolten und Revolutionen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung vor allem seit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise 2007. Einzelne Beiträge sind schon auf dem Netz der Online-Zeitschrift *Sozial. Geschichte* veröffentlicht und für den vorliegenden Band überarbeitet und aktualisiert worden (bis März 2012). Die jüngste Weltwirtschaftskrise wird als eine Krise mit verschiedenen Dimensionen verstanden – als Finanzkrise, Währungskrise, politische Krise und Ernährungskrise. Eine Verschlechterung der ökonomischen Lebensbedingungen, die Verteuerung der Lebensmittel und Perspektivlosigkeit bilden dabei oft den Hintergrund der Proteste und Revolten. Dennoch wird die Vielfältigkeit der Prozesse deutlich, wenn im Band die Revolten in den arabischen Ländern, die Protestbewegungen in Griechenland, Spanien und Italien, die «riots» in England, die Ernährungskrisen in der Sahelzone und Ostafrika und die Klassenkämpfe in China thematisiert werden. Die Herausgeber

verzichten in ihrer Einleitung darauf, die Revolten und Proteste in einen theoretischen Zusammenhang zu stellen, etwa jenen der «Strukturen der kapitalistischen Verwertungsmaschinerie». Diese Zurückhaltung wird durch eigene Erklärungsansätze in den einzelnen Beiträgen ausgeglichen.

Helmut Dietrich stellt die tunesische Revolte in ihrer ersten Phase vom 17. Dezember 2010, dem Tag der Selbstverbrennung des arbeitslosen Mohamed Bouazizi in Sidi Bouzid, bis zum 14. Januar 2011, dem Tag der Flucht von Diktator Ben Ali, in der Form einer kommentierten Chronik dar. Nicht zufällig begann die Revolte, die rasch an Radikalität und Dynamik gewann, in der «Peripherie der Peripherie», in den vernachlässigten und vergessenen Kleinstädten des tunesischen Südwestens, ausgelöst durch Preiserhöhungen für Lebensmittel und die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen. Dietrich arbeitet in der Chronik klar den Charakter der Aufstandsbewegung als einer Sozialrevolte heraus, was in der Medienberichterstattung bei uns kaum zur Sprache kam. Für die EU-Länder und die Schweiz bestand das Hauptproblem von Anfang an darin, dass mit der Revolte die «illegale» Migration nach Europa anwachsen und die Abkommen mit einem Regime gefährden könnte, das in peinlichster Weise von der europäischen Elite hofiert worden war. Leider geht Dietrich wenig auf die Frage ein, weshalb die Sozialrevolte sich nicht zu einer Revolution weiterentwickelt hat. Der Beitrag endet stattdessen mit der reichlich weitgehenden Aussage, die tunesische Revolte habe der «metropolitanischen Linken» die Sprache verschlagen und deren Begriffe obsolet gemacht.

Kenntnisreich schildert Karl Heinz

Roth die Krise in Griechenland, beginnend mit der Vorgeschichte, insbesondere dem Boom nach der Einführung des Euro, von dem in erster Linie die führenden Clans des griechischen Reederei- und Bankkapitals und der petrochemischen Industrie profitierten, aber auch die konservativen oberen Mittelschichten wie Immobilienhändler, Banker und Anwälte; sie waren gleichzeitig immer weniger bereit, überhaupt noch Steuern zu zahlen. Dritter Profiteur des Eurobooms war die politische Klasse Griechenlands, repräsentiert durch die beiden Grossparteien PASOK (sozialdemokratisch) und Nea Dimokratia (liberal-konservativ). Innerhalb der PASOK wurde schon 1996 unter Kostas Simitis ein neoliberaler Kurswechsel vollzogen; der linke Flügel wurde ausgeschaltet, und damit wurden auch alle Vorbehalte gegen die Oligarchie der Unternehmer, die reaktionäre orthodoxe Kirche und den militärisch-industriellen Komplex beiseitegeräumt. Zu erwähnen ist auch die gewaltige Aufrüstung Griechenlands durch die deutschen und französischen Rüstungskonzerne. Roth schildert dann den Ausbruch der Eurokrise in Griechenland im Sog der Weltwirtschaftskrise, die Unterstellung des Landes unter die De-facto-Zwangsverwaltung und die sich anschliessenden Darlehens- und Austeritätsprogramme der Troika. Der Beitrag von Roth ist heute in einer stark erweiterten Fassung als Buch mit dem Titel *Griechenland: Was tun?* beim VSA-Verlag erschienen. Die Lektüre lohnt sich, denn darin geht Roth vertieft auf die Folgen der Austeritätspolitik ein. Auch macht er einen spannenden Rückblick auf die Politik Deutschlands gegenüber Griechenland im und nach dem Zweiten Weltkrieg, die in der heutigen Situation eine starke

Zurückhaltung deutscher Politiker und Medien bei ihrer Kritik an den faulen Griechen nahelegen würde. Etwas knapp geraten und nicht ganz überzeugend sind einzig Roths Ausführungen zum «Problem einer Alternative» für Griechenland.

Auf den Widerstand in Griechenland geht der Beitrag von Gregor Kritidis ein (vgl. auch Kritidis Beitrag im *Widerspruch* Heft 61). Der Autor beschreibt diesen Widerstand und die Protestbewegungen als Laboratorien der Selbstorganisation. So endet sein Beitrag mit dem Ausblick: «Entweder gelingt es den sozialen Bewegungen, sich dynamisch auf alle gesellschaftlichen Bereiche, insbesondere die Ökonomie auszudehnen, oder aber dem politischen Establishment gelingt es mit Rückendeckung der EU und des IWF, eine neue autoritäre Herrschaft zu etablieren.» Viel wird davon abhängen, wieweit die Widerstandsbewegung im Laufe der kommenden Auseinandersetzungen Bündnispartner innerhalb der EU finden kann.

Peter Birke geht in seinem Beitrag «Macht und Ohnmacht des Korporatismus» auf die Arbeitskämpfe in Deutschland ein. In Deutschland hat sich die Einkommenspolarisierung stärker als in den meisten OECD-Ländern zugespitzt, und Arbeitslosigkeit und Prekarisierung nehmen zu. Und wie in anderen Ländern hat auch in Deutschland die Streiktätigkeit seit Beginn der Krise 2007 eher ab- als zugenommen. Sie hat sich stärker in Bereiche verlagert, die durch Frauen und MigrantInnen geprägt sind (Kita-Streik, Arbeitskämpfe im Reinigungsgewerbe). Häufiger sind auch Berufsgruppen-Streiks von Ärzten, Fluglotsen und Lokführern, die nicht oder nicht mehr in Verbänden des Deutschen Gewerkschafts-

bundes organisiert sind. Diese haben seit 1990 die Hälfte ihrer Mitglieder verloren und reagieren darauf mit der Forderung nach verstärkten staatlichen Organisationsgarantien, mit dem Versuch, linke konkurrierende Berufsgewerkschaften von den Tarifverträgen auszuschließen, und mit Organizing-Projekten. Proteste gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen finden so in Deutschland vorab auf lokaler Ebene und in dezentraler Form statt. Oft fehlt ihnen eine Vernetzung, weshalb sie wenig öffentlichen Widerhall finden. Sie sind aber dennoch wichtig, haben ein emanzipatorisches Potenzial und lassen darauf hoffen, dass es sich beim Korporatismus nur noch um einen zu Ende gehenden Nieselregen handelt.

In seinem zweiten Beitrag, zu den Protesten der «Recht auf Stadt»-Bewegungen in Hamburg, stellt Birke die verschiedenen Bewegungen, Proteste und Besetzungsaktionen zur Wiederaneignung der Stadt und des öffentlichen Raums dar. Ausgangspunkte dieser Protestbewegungen sind die Wohnungsnot, die Mietzinserhöhungen, die Abnahme günstigen Wohnraums durch die Gentrifizierung von Quartieren und die beschleunigte Zersetzung bisheriger sozialer Kohäsion. Auch hier lässt sich feststellen, dass Kämpfe von MigrantInnen, Arbeitskämpfe und Kämpfe um städtische Räume oft gleichzeitig, aber isoliert stattfinden. Wenn es gelingt, diese kämpferischen Ansätze miteinander zu vernetzen, könnten sie eine ungeahnte Dynamik entfalten.

Stärker theoretisch ausgerichtet ist ein kurzer, aber interessanter Text der Free Association über die Revolten und Riots in England. Der Beitrag geht davon aus, dass es nicht nur einen fordistischen

Wachstumspakt, sondern auch einen neoliberalen Pakt oder Deal gibt. Er basiert auf den meist uneingelösten Versprechen eines individuellen Aufstiegs, auf billigen Krediten und dem Zugang zu billigen Waren, welche in den Niedriglohnbereichen Bangladeshs, Südkoreas und Chinas hergestellt werden. Der neoliberale Deal hat zwar die traditionellen Solidaritäts- und Organisationsformen erfolgreich zersetzt, er stösst aber mit der Wirtschaftskrise an seine eigenen Grenzen, wie das abrupte Ende des Wachstumsdenkens infolge der Verschuldungsproblematik illustriert. Gleichzeitig werden Strukturanpassungsmassnahmen vermehrt im globalen Norden durchgesetzt und nicht mehr wie früher nur im Süden; damals blieb das neoliberale Ordnungsinstrument den «Anderen» vorbehalten und diente dazu, die Märkte zu globalisieren, Zinszahlungen zu garantieren und superbillige Waren in unsere Konsumtempel zu spülen. Konfrontiert sind wir auch zunehmend mit einer Krise der politischen Repräsentation, da die traditionellen linken Eliten immer weniger in der Lage sind, sich zu erneuern und Bewegungen und Proteste anzuführen. Ein kämpferisches Potenzial sehen die AutorInnen vorab bei organisierten ArbeiterInnen, bei StudentInnen ohne Zukunftsperspektiven und bei den in den Städten lebenden Armen. Prognostiziert wird, dass sich in Zukunft traditionelle Kampfformen wie Streiks stärker mit solchen der Antiglobalisierungsbewegung verbinden.

Weitere Beiträge betreffen die Bewegung des 15. Mai in Spanien, die Krise und die Proteste in Italien sowie die Ernährungskrisen und Hungersnöte in der Sahelzone und in Ostafrika. Im letzten Beitrag gehen Pun Ngai und Lu Huliliu

auf die aktuellen Klassenkämpfe in China ein: In den letzten Jahrzehnten wurden in China mehr als 200 Millionen Bäuerinnen und Bauern in die Industrialisierung einbezogen. Ein wichtiges Merkmal dieses Proletarisierungsprozesses ist, dass diese ArbeiterInnen zwar in den Städten Südchinas arbeiten, sich dort aber nicht definitiv niederlassen dürfen. Dies führt vor allem bei der zweiten Generation dieser WanderarbeiterInnen, welche sich schon stärker aus den traditionellen Bindungen zur ländlichen Herkunft gelöst hat, zu grosser Unzufriedenheit. Am Beispiel eines Arbeiters wird deutlich, dass dieser nicht primär mit seinem Lohn und den Arbeitsbedingungen unzufrieden ist, sondern mit der Perspektive, bei Entlassung oder Krankheit vom Unternehmer fallen gelassen und ins Dorf zurückgeschickt zu werden. Seit einigen Jahren sind diese ArbeiterInnen der zweiten Generation stärker bereit, sich an kollektiven Protesten zu beteiligen. Ohne gewerkschaftliche Verhandlungsmacht wenden sie sich mit ihren Aktionen und Forderungen direkt an den chinesischen Staat. Der Widerstand soll heute einen Grad erreicht haben, der für das Kapital und den hinter ihm stehenden Staat zu einer Bedrohung werden kann. Angemerkt sei an dieser Stelle, dass Beiträge zu den wichtigen Entwicklungen in Lateinamerika, zum Beispiel zu den Schülerprotesten und indigenen Revolten in Chile, fehlen.

Seit dem Ende der 1970er-Jahre wurde der kapitalistische Reformprozess in China fast zeitgleich mit dem neoliberalen Projekt in den USA und in Grossbritannien durchgesetzt. Wenn wir uns dies vor Augen führen, so stellt sich die Frage, ob das neoliberale Akkumulationsmodell, welches seine grössten Verheerun-

gen in den 1980er- und 1990er-Jahren in den Ländern des Südens angerichtet hat und heute in Europa vor allem in Griechenland und den südeuropäischen Ländern wütet, nicht doch einen angemessenen Bezugsrahmen für die Analyse abgeben könnte: als «kapitalistische Verwertungsmaschinerie», in deren Rahmen die unterschiedlichen Revolten, Proteste und Revolutionen zu begreifen wären.

Hans Schäppi

Helmut Knolle: **Und erlöse uns von dem Wachstum.** Eine historische und ökonomische Kritik der Wachstumsideologie. 2., erweiterte Auflage. Pahl-Rugenstein, Bonn 2011 (122 S.)

Nachdem der Club of Rome in den 1970er-Jahren es verstanden hatte, die negativen ökologischen und sozioökonomischen Konsequenzen eines wachstumsgetriebenen Wirtschaftssystems zu verdeutlichen, wurde die darauffolgende Diskussion über wirtschaftspolitische Massnahmen zur Verhinderung der absehbaren Missstände im Keime erstickt. Die Publikation *Und erlöse uns von dem Wachstum* möchte an diese Diskussion anknüpfen und plädiert für eine umweltverträgliche Wirtschaftsweise ohne Wachstum. Damit dieses Plädoyer erhört werden kann und wieder einen zentralen Platz auf der politischen Agenda findet, muss die damalige Debatte des Club of Rome gemäss Knolle um zwei wichtige Themen erweitert werden: Es braucht einerseits eine fundamentale Kritik der durch neoliberales Gedankengut geprägten Wachs-

tumsideologie und andererseits den Entwurf eines ökonomischen Modelles für eine Wirtschaft ohne Wachstum. Knolle setzt sich zum Ziel, mit seinem Buch den Diskurs um diese zwei äusserst anspruchsvollen und komplexen Themen einzuleiten, um zu einem alternativen Lösungsansatz zum dominierenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell zu gelangen; ein sehr ambitioniertes Ziel, welches eine breite und fundierte Wissensbasis voraussetzt!

Das Buch ist in zwei Hauptteile gegliedert. Ein erster, historisch und theoretisch orientierter Teil bespricht zunächst in komprimierter Form die Entwicklung des Wachstumsgedankens mit Fokus auf die westliche Welt. Von den Anfängen der ersten Zivilisationen bis ins 20. Jahrhundert zeigen Beispiele den direkten Zusammenhang von Bevölkerungswachstum mit ökonomischen (Partikular-) Interessen. Die Schaffung eines Mehrproduktes, d.h. die Realisierung eines wirtschaftlichen Überschusses und dessen Abschöpfung sind eine zentrale Ursache für Wachstum seit der Entstehung erster Klassengesellschaften. Die wirtschaftliche Expansion Deutschlands und der Vereinigten Staaten nach der Industriellen Revolution ist gesondert und detailliert dargestellt. Die zu Eroberungskriegen treibende Wachstumsstrategie der deutschen Schwerindustrie bis 1945 und die Politik der USA, die ein militärisch abgesichertes Streben nach Dominanz des Weltmarkts mit dem gezielten Aufbau einer Konsumgüterindustrie für den Massenkonsum von Industrieprodukten verband, zeigen die verheerenden Folgen der Wachstumspolitik für Weltfrieden, Wirtschaft, Umwelt und Kultur. Dieser historische Rückblick gibt einen sehr guten und kompakten Einblick in

den wirtschaftsgeschichtlichen Hintergrund der Wachstumsproblematik.

Analytischer angelegt sind die anschließenden Ausführungen zur Geschichte des ökonomischen Denkens. Zunächst wird das klassische System dargestellt: ausgehend vom Physiokraten Quesnay und dem *tableau économique* als erster Darstellung des wirtschaftlichen Kreislaufs mit der Produktion als zirkulärem und sozialem Prozess, über Smith mit seiner Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit, Malthus' pessimistische Bevölkerungstheorie bis hin zu Ricardos Arbeitswerttheorie und dem zentralen Zusammenhang zwischen Profitrate und Wachstumsrate. Besonders hervorgehoben wird die in der Wirtschaftstheorie aus der «marginalistischen» Revolution hervorgegangene Neoklassik, bildet sie doch die ökonomische Theoriebasis der heute vorherrschenden Sozialphilosophie, des Liberalismus. In einem letzten, entscheidenden Abschnitt der geschichtlichen Analyse der Nationalökonomie werden neoklassische Grundannahmen infrage gestellt, dies mit Blick auf die Entwicklungen des 20. Jahrhunderts. Wichtige Bezugspunkte sind: Keynes mit seiner Theorie der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit und insbesondere Sraffa, welcher die klassische Sicht, die Produktion als einen sozialen und zirkulären Prozess versteht, wiederbelebt und weiterentwickelt hat, wie auch Leontiefs Arbeiten zur Input-Output-Analyse – dies sind alternative Ansätze zum heutigen ökonomischen Mainstream. Ihnen ist eine ganzheitliche Sicht des Wirtschaftssystems gemeinsam, mit einem sozialen und zirkulären Produktionsprozess im Zentrum. Dieses klassische Modell soll Perspektiven für ein ökologisch tragbares Null-

wachstum eröffnen und so auch die notwendigen Veränderungen in Produktion und Konsum induzieren. Damit befasst sich der zweite, kürzer gefasste Hauptteil.

Zunächst kommt der Autor auf die wachstumstreibenden Mechanismen zurück, nun illustriert an aktuellen Beispielen: Automobilindustrie, (Massen-) Tourismus und Informationstechnologie. Damit lassen sich die ökonomischen Probleme in der Sphäre der Produktion und die soziokulturellen Probleme in der Sphäre des Konsums erkennen. Zurückgreifend auf die Theorien von Ricardo und Sraffa erarbeitet Knolle dann ein einfaches Wirtschaftsmodell (mit leicht verständlicher mathematischer Erweiterung im Anhang), das nicht nach weiterem Wachstum verlangt, sondern eine Verbesserung der Lebensqualität ermöglicht und ökologische Nachhaltigkeit verspricht. Ein Zustand der Vollbeschäftigung wird garantiert, indem der Anteil der «produktiven» Arbeitskräfte im Unterbau beschränkt wird, sodass gerade die wirtschaftlich notwendigen und ökologisch vertretbaren Basiswaren hergestellt werden können und damit der Verbrauch natürlicher Ressourcen minimiert ist, während die restlichen Arbeitskräfte in den «unproduktiven», aber gesellschaftlich wichtigen Überbau umgeleitet werden. Diese Absorbierung geht einher mit einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit und einer Ausdehnung der Freizeit, welche wieder mit den humanistischen Idealen eines intellektuell, moralisch und materiell menschenwürdigen Lebens in Einklang gebracht werden soll. In einem separaten Kapitel wird das Beispiel der Musik als geistige und gesellschaftlich sinnvolle und Harmonie fördernde Aktivität dargestellt.

Knolle zeigt die Notwendigkeit eines alternativen ökonomischen Modells, das nicht nur die Probleme der Beschäftigung und der unfreiwilligen Arbeitslosigkeit sowie der Verteilung, sondern auch die ökologischen Herausforderungen unserer Zeit wirkungsvoll anzugehen erlaubt. Das vorgeschlagene Modell greift zurück auf die klassische Verteilungstheorie: Weil die Produktion ein sozialer Prozess ist, muss die Verteilung ebenfalls sozial erfolgen. Dies impliziert, dass die Probleme der Verteilung des Sozialprodukts und der Verschwendung von Naturressourcen nicht durch den Markt, sondern auf sozialer oder politischer Ebene zu lösen sind. Hierbei gilt es, im Sinne des Club of Rome eine ökologisch nachhaltige und mit sozioökonomischen Interessen möglichst verträgliche Verteilung sowohl innerhalb der Wirtschaft als auch zwischen der Wirtschaft und dem politischen, rechtlichen, kulturellen und sozialen Bereich zu finden. Dies setzt nicht nur ökonomisches, sondern insbesondere auch soziales und kulturelles Umdenken voraus.

Das Buch bespricht hoch komplexe Probleme in extrem komprimierter Form. Dennoch versteht es der Autor, mithilfe von Beispielen und konkreten Fragestellungen die Thematik von Wachstum und Umwelt verständlich darzustellen. Dies regt zu weiterem Nachdenken an.

Andreas von Ah

Carola Meier-Seethaler: **Ursprünge und Befreiungen.** Eine dissidente Kulturtheorie. Vollständig überarbeitete Neuauflage. Verlag Opus Magnum, Stuttgart 2011 (548 S.)

«An feministischen Büchern herrscht gegenwärtig gewiss nicht Mangel; das Thema Frau hat nun schon seit Jahren Konjunktur wie kaum ein anderes.» Die Worte, mit denen Elsbeth Pulver in den *Schweizer Monatsheften* ihre Rezension von *Ursprünge und Befreiungen* 1989 einleitete, dürften heute, da von bestimmter Seite schon vom «Postfeminismus» die Rede ist, an Aktualitätsbezug eingebüsst haben. Carola Meier-Seethaler, feministische Kulturanthropologin und Philosophin, weist im Vorwort zur Neuauflage ihres Opus magnum selbst auf den verlorenen Schwung der Frauenbewegung in den letzten 25 Jahren hin. Wozu also überhaupt eine Neuauflage, könnte man fragen, in einer Zeit, in der eine historisch ausgreifende und thematisch breit angelegte Kulturtheorie aus feministischer Perspektive wie ein Findling in der intellektuellen Landschaft liegt. Ein Monument aus bewegten, aber nichtsdestoweniger vergangenen Zeiten?

Überhaupt nicht. Die feministische Perspektive in Wissenschaft und Forschung ist heute vielfältiger, differenzierter und streitbarer denn je. Und die Dissidenz einer solchen Kulturtheorie stellt sich nach wie vor, nein, gerade heute als besonders akut heraus. Ich will mich hier – angesichts der Materialfülle des Buchs notwendigerweise – auf ein paar Aspekte beschränken, die mir dieses Querstellen zu gängigen dominanten Denktrends in der postmodernen Gesellschaft geradezu als Desiderat erscheinen lassen. Der Titel des vierten Kapitels lau-

tet «Befreiung zur Partnerschaft». Meier-Seethaler hat, wie sie festhält, viel Arbeit in die Neufassung dieses Kapitels investiert, was natürlich den rasanten Entwicklungen der letzten beiden Dekaden geschuldet ist, zugleich aber der Autorin auch als Ausweis einer kritischen Wachheit und eines Willens zum Wissen bescheinigt werden muss.

Und der Titel des vierten Kapitels lässt sich quasi als Fanal lesen: Partnerschaft als Gegenparadigma zu Herrschaft, und zwar im Verhältnis des Menschen zu sich selbst, zu anderen Menschen, zur Natur. Das ist zwar so neu nicht, aber deswegen auch nicht veraltet. Wichtig erscheint vor allem das Korollar: Befreiung zur Partnerschaft bedeutet Befreiung *von* der Herrschaft. Das hat vielerlei Implikationen, von psychoanalytischen über familienpolitische bis zu wirtschaftlichen und wissenschaftlichen.

Betrachten wir die Letzteren. Der Triumphalismus eines patriarchalen Denkens in Wissenschaft und Technik bleibt immer noch viel zu wenig hinterfragt. Der Stimmtön eines wissenschaftlich-technischen Machismo, den Francis Bacon mit seiner «männlichen Geburt der Zeit» vor 400 Jahren angeschlagen hat, hält bis heute an. Vom Homunkulus in der Retorte des Alchemisten über Dr. Frankensteins Bastelei aus Leichenteilen bis zu den Gen-Architekten von heute treffen wir auf das Motiv der «rein» männlichen, asexuellen Produktion des Menschen – es geht auch ohne Frau. Im Science-Fiction-Film *Matrix* wächst der künftige Mensch im Fruchtwasser künstlicher Uteri heran. Ausdrücklich sinnierten die Pioniere des Human Genome Project über die erste künstlich hergestellte menschliche Gensequenz als über einen «Adam II». Ohnehin offenbart gerade der

gegenwärtige Kult der artifiziellen Welten eine Mentalität des Herrschens über selbst gemachte Reiche.

Im Sinne der Befreiung zur Partnerschaft impliziert dies für Meier-Seethaler die «Reklamation der patriarchalen Realitätsverluste» (S.464). Realitätsverlust – der Begriff entwickelt angesichts der forschungspolitischen Gegenwart eine geradezu unheimliche Bedeutung, wenn man an das «Wahnpotenzial» gewisser Forschungsprojekte denkt. Moderne Physik, Neurobiologie oder Künstliche-Intelligenz-Forschung konstruieren ja hochartifizielle Realitäten in den Labors und für diese Konstruktionen beanspruchen sie den Status der «wirklichen» Wirklichkeit. Das heisst, hier verschafft sich wissenschaftliche Definitions- und Deutungsmacht Ellbogenfreiheit.

Die Gehirnforschung z. B. nimmt zunehmend dreister für sich in Anspruch, zu wissen, wie wir Menschen ticken: unser Bewusstsein, unser Gefühlsleben, unser Selbst. Und es erscheint denn letztlich auch als Konsequenz dieser Forschungslogik, dass der neurowissenschaftliche Diskurs das Gehirn «genderisiert». Schon in den 1970er-Jahren sprachen dissidente Wissenschaftsforscherinnen wie Susan Leigh Star von «pro-patriarchaler Politik». Durch die Hirnforschung würden die Geschlechterdifferenzen auch neuronal festgeschrieben und somit die Frauen von ihrem «spezifischen» Hirn her determiniert. Biologismus in neurologischer Variante.

Das heisst nicht, und Meier-Seethaler betont dies auch, dass die Hirnforschung keinen Beitrag zum Verständnis der Geschlechterdifferenzen leisten kann. Vielmehr macht sich hier der dissidente Blick mit Nachdruck geltend, das heisst der

Einspruch im Namen eines lebensweltlichen Wissens, das sich in allen Bereichen unseres Zusammenlebens angereichert hat und das sich nie vollständig in eine wissenschaftliche Begrifflichkeit übersetzen lässt. So verstehe ich auch Meier-Seethalers Plädoyer für ein neues altes Verständnis des Begriffs «cultura», also der «Pflege der ihn [den Menschen, E.K.] umgebenden Natur», des Schutzes «des Lebens von seinem [des Menschen, E.K.] höheren Wissensstand aus, der Erweiterung und Vertiefung mitmenschlicher Beziehungen (was mit der Hinwendung zum Kind beginnt) und die Gestaltung des Lebens durch die Schöpfung einer ästhetischen Kultur». (S. 464).

Dieses Wissen gedeiht nicht unter Experten, vielmehr: in diesem Wissen sind wir alle Experten – oder Laien. Partner eben. Damit ist ein weiterer, ein zentraler Punkt angesprochen. Gegen den «Imperialismus der Naturwissenschaft und deren Bündnis mit Vertretern von Wirtschaft und Politik», so Meier-Seethaler, «gibt es nur eine grosse Hoffnung: *den Streik der Laien.*» (S. 468) Das klingt nach dramatischem Aufstand und nach offener Konfrontation, deutet aber auf ein tiefes Unbehagen in der gegenwärtigen Expertenkultur hin. Es gibt ja heute nahezu für alles Experten. Wir verlernen im Expertenbasar, auf unseren eigenen Körper, auf unser eigenes Urteil zu hören. Und zwar im alten Sinne der Aufklärung: Wage, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen. Der Aufruf wird in dem Masse dringlicher, in dem uns die neuen Technologien die Verstandestätigkeit abnehmen.

Meier-Seethaler evoziert hier ein «Lai-entum», in dem sich Dissidenz Ausdruck verschafft als Skepsis gegenüber dem wissenschaftlichen Expertentum unse-

rer Zeit, zugleich aber als wiederzugewinnendes Vertrauen in das «Zusammenspiel von rationalen und emotionalen Erkenntniskräften» (S. 472) in uns selber. Frauen seien sozusagen die «Urlaien», denn als lange von den «Hochburgen der Wissenschaft» (S. 468) Ausgestossene stünden sie deren Fiktionen auch unbefangener und als lange Bevormundete deren Definitionsmacht skeptischer gegenüber.

Dies als ein Prärogativ der Frau aufzufassen widerspräche freilich dem Postulat der Partnerschaftlichkeit. Denn dessen Kernanliegen ist ja gerade die Überwindung des Polaritätsdenkes. Und hierin liegt die Aktualität von Meier-Seethalers Buch. Es ist – mit einem Wort – ein Appell an uns alle, Frauen und Männer, die Kultur der Dissidenz als Fortsetzung einer immer unabgeschlossenen und immer gefährdeten Aufklärung zu pflegen und aufrechtzuerhalten. Auf jedem Gebiet.

Eduard Kaeser